



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2022/2025
3. Sitzung	Donnerstag, 19. Mai 2022 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Christoph Villiger, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmzähler	Ursula Spinnler Esther Reimann
Anwesend	34 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Thomas Zumsteg
Entschuldigt	Mara Jenni Micha Jetzer Jacqueline Magni Roger Rüede Stefan Semela David Wick
Ende der Sitzung	22:30 Uhr

Behandelte Geschäfte		Seite
1	2022/20 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	2
2	2022/21 Rechnung 2021	9
3	2022/22 Rechenschaftsbericht 2021	15
4	2022/23 Beitritt zur Regionalen Asylbetreuung Baden	16
5	2022/24 Rücknahme Flüchtlingsbetreuung von der Caritas	18
6	2022/25 Verpflichtungskredit von CHF 455'000 für den Ersatz alter Wasserleitung an der Paradies- und Brühlstrasse	25
7	2021/22 Postulat SP betreffend Medizinischer Grundversorgung	27
8	2022/26 Umfrage	29

Christoph Villiger, Präsident: Ich eröffne offiziell die 3. Einwohnerratssitzung dieser Legislatur. Kurz zu den Weisungen des Bundes. Eine Maskenpflicht besteht nicht, man kann diese aber selbstverständlich anziehen. Ich bitte innerhalb und ausserhalb des Saals, sowie in der Pause um den Mindestabstand.

1 2022/20 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Christoph Villiger: Zum **Formellen:** Wir haben 6 Entschuldigungen. Mara Jenni, David Wick, Jacqueline Magni, Stefan Semela, Roger Rüede und Micha Jetzer. Das absolute Mehr beträgt 18. Es gibt einige organisatorische Mitteilungen. Es gibt entgegen der Traktandenliste ein Treffen nach der Sitzung. Wir werden uns im Restaurant Hirschen in Kirchdorf treffen. Wir werden voraussichtlich beim Traktandum 4 oder 5 eine kurze Pause machen, je nachdem wie schnell wir vorwärtskommen.

Nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist, sind am 25. April 2022, folgende Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 10. März 2022 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Baugebührenordnung; Genehmigung Beitritt Asylverbund Baden.

Dann haben wir eine Rücktrittsmeldung von Isabelle Dittmann.

Isabelle Dittmann: Aufgrund der unvorhersehbaren Änderung in meinem privaten Leben und mit dem damit verbunden Wohnsitzwechsel, muss ich heute leider meinen Rücktritt bekanntgeben. Ich möchte mich für die lehrreiche aber auch kurze Zeit hier im Einwohnerrat recht herzlich bedanken. Es ist für mich auf jeden Fall bereichernd gewesen, an den Sitzungen teilzunehmen und zusammen mit meinen Fraktionskollegen über Themen zu diskutieren. Für die Zukunft wünsche ich euch allen packende Diskussionen und gute und zukunftsorientierte Entscheidungen.

Zu den **Mitteilungen: Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann:** Ich muss Ihnen leider eine Mitteilung machen, betreffend dem Neubau Schulhaus Goldiland. Im letzten Jahr konnte ich Ihnen noch mitteilen, dass die Holzarbeiten innerhalb des Kostenvoranschlags vergeben werden konnten. Mittlerweile hat sich das Blatt leider gedreht. So sehen wir uns nun leider mit der Teuerung im Bausektor konfrontiert. Die neuen Zahlen vom Baukostenindex werden am 24. Juni 2022 publiziert. Abstrakte Zahlen sagen nicht viel, Kurven zeigen viel mehr. Gerne zeige ich Ihnen eine Darstellung vom Bundesamt für Statistik. Ich habe Ihnen das Datum von der Einwohnerratsvorlage eingezeichnet, wo das etwa in der Kurve ist. Ich habe ebenso, das Datum der Volksabstimmung im November 2020 eingezeichnet. Sie sehen, die bedauerliche Entwicklung vom Baukostenindex, stieg steil nach oben. Ausserdem habe ich Ihnen die Vergabedaten von den verschiedenen Gewerken aufgelistet, kurzum wir rechnen mit einer Kostenüberschreitung. Wieviel dass es sein wird, ist im Moment noch nicht abzuschätzen. Die Kostenprognose zeigt aktuell, eine Überschreitung zwischen CHF 700'000 und CHF 800'000. Allerdings ist in dieser Prognose, noch nicht berücksichtigt, dass noch nicht alle Aufträge vergeben worden sind. Wir hoffen, dass noch weitere Gewerke günstiger abschliessen können, als dass sie im Kostenvoranschlag verzeichnet sind. Auch nach der Vergabe werden die Kosten laufend optimiert. Also wenn wir den Zuschlag vergeben, wird wieder eine genaue Planung gemacht und geschaut, wo wieder eine Einsparung möglich wird. Wir wissen nicht genau, wo wir am Schluss landen werden. Ich wollte Sie einfach vorinformieren. Sie können sich aber sicher sein, wir werden uns sehr Mühe geben, dass wir die Zahlen noch nach unten bringen. Stand heute, würden wir wahrscheinlich noch ein wenig warten mit dem Neubau, aber es nützt nichts. wir sind dran, wir werden es fertigstellen. Wir benötigen dieses Schulhaus im August 2023. Auf den Baustellen hört man, dass Termine hinausgeschoben werden, unsere Baustelle ist davon nicht betroffen und wir hoffen, dass dies so bleibt.

Dann habe ich noch weitere Informationen zum Personellen.

Abteilung Betreibungsamt

Unser Leiter Betreibungsamt, zieht es in die Ostschweiz nach Toggenburg, deshalb verabschiedet er sich leider von Obersiggenthal. Wir wünschen ihm viel Glück in der neuen Region. Die Gemeinde war in der glücklichen Lage, dass wir eine bestens ausgebildete Stellvertreterin haben, die wir nachziehen können und für die neue Stellvertretung ebenfalls eine gut qualifizierte Sachbearbeiterin, die bei der Gemeindeverwaltung bereits die Lehre absolviert hat. Die beiden Damen werden auch die entsprechenden Ausbildungen, sofern sie noch nötig sind, nachholen.

Abteilung Bereich Bau und Planung

Am 1. Juli 2022 beginnt mit Daniel Anner der neue Leiter Liegenschaften. Die Leitung Hochbau übernimmt ab 1. August 2022 Sabine Sonntag. Damit haben wir eine Person gefunden, welche bereits bestens vertraut ist mit den Gegebenheiten der Gemeinde und welche das Team kennt, da sie die Gemeinde in ihrer jetzigen Anstellung bereits betreut. Sie ist momentan noch beim Ingenieurbüro Senn AG angestellt. Sabine Sonntag wird auch Projekte aus der Planung betreuen und kennt die Bau- und Nutzungsordnung der Gemeinde. Die Bereichsleitung Bau und Planung ist leider weiterhin noch vakant.

In der Vergangenheit wurde von verschiedener Seite immer wieder gefragt, was die Gemeinde betreffend Mitarbeitende unternimmt. Auch bei der Besprechung mit der Fiko kam dies wieder zur Sprache. Die Fluktuation war immer wieder ein Thema. Dem Gemeinderat ist dies bewusst. Ich habe bereits verschiedentlich über die getroffenen Massnahmen orientiert. Im Sinne einer Übersicht möchte ich jetzt nochmals informieren. Was vor meiner Mitgliedschaft im Gemeinderat für Massnahmen getroffen wurden, darüber kann ich natürlich keine Auskunft geben.

Ich habe mal aufgeschrieben, was alles gelaufen ist, seit ich im Gemeinderat Mitglied bin. Das Ganze hat gestartet im Juli 2019, mit der Inkraftsetzung des neuen Geschäfts- und Kompetenzreglements. Bekanntlich wurde zu diesem Zeitpunkt die Geschäftsleitung eingeführt, mit dem sogenannten Tandem-System. In diesem hat jeder Gemeinderat eine oder manchmal auch zwei Personen in der Verwaltung als Kontaktperson. Das ist ein neues Konzept, welches ich im Jahr 2020 zusammen mit meinen Gemeinderatskollegen und der Geschäftsleitung eingeführt habe. Wir haben immer wieder geschult und wir möchten das auch durchsetzen, dass nicht nach alten Strukturen vorgegangen wird, sondern dass effektiv das neue Geschäfts- und Kompetenzreglement gelebt wird. Wir haben dann im November 2020, eine anonyme Mitarbeiterbefragung gemacht, durch eine externe Firma. Der Gemeinderat hat keine Kenntnis, wer welche Antwort gegeben hat. Ich möchte das hier nochmals betonen, denn an dieser Tatsache sind schon Zweifel geäussert worden. Über das Ergebnis habe ich Sie bereits schon mal an einer Einwohnerratssitzung orientiert. Dann hat im Januar 2021 eine Anpassung vom Geschäfts- und Kompetenzreglement stattgefunden. Das ist ein laufender Prozess. Wir haben auch im Jahr 2022, das Reglement wieder angepasst. Es ist auch davon auszugehen, dass es im nächsten Januar wieder angepasst wird. Aufgrund von Corona musste ein geplanter Kultur-Workshop abgesagt werden. Wir haben 2 Daten bestimmt, aber es hat nicht sollen sein. Vielleicht wird er nächstes Jahr stattfinden. Im März haben Interviews stattgefunden, zur Verifizierung von den Ergebnissen der Mitarbeiterbefragungen. Die Mitarbeiter wurden auch aufgefordert, Änderungs- und Verbesserungsmassnahmen zu entwickeln und vorzuschlagen. Die Interviews sind wiederum durch die externe Firma durchgeführt worden. Es hat dann eine Informationsveranstaltung gegeben. Anschliessend hat sich eine Arbeitsgruppe dem angenommen und wir sind laufend dabei die Vorschläge umzusetzen. Es gibt einen regelmässigen Newsletter für die Mitarbeiter, wo der Stand der Umsetzungen mitgeteilt werden. Ein Vorschlag war, wir sollten doch im Kaffeeraum ein Briefkasten installieren in dem, jeder der will, einen Vorschlag/Hinweis machen kann. Bisher wurde nur ein einzelner Vorschlag gemacht. Trotzdem der Briefkasten ist immer noch vorhanden, wir sind gespannt, was da noch passiert. Im Dezember vom letzten Jahr, hat der Einwohnerrat eine Verwaltungsanalyse bewilligt, diese wurde auch durchgeführt, bzw. vergeben. Im März haben Angehörige des Kaders bei einer Befragung/Gespräch durch die Firma Inoversum teilgenommen. Das

sind Einzelbefragungen gewesen. Auch hier, wir haben keine Kenntnis darüber, wer was gesagt hat. Das ist alles vertraulich. Dann haben wir im April eine anonyme Zwischenbefragung gemacht zur Überprüfung der Wirksamkeit von den eingeleiteten Massnahmen. Das Ergebnis ist noch ausstehend. Am letzten Dienstag haben wir ein Workshop, mit den Angehörigen des Kaders durchgeführt. Wir haben die Verwaltungsanalyse angeschaut, wo zu den Vorschlägen der externen Firma, Stellung genommen wurde. Wo sie den Fokus sehen, was die wichtigsten und schnellsten Massnahmen sind, die wir umsetzen sollen. Der Gemeinderat ist über die Ergebnisse noch nicht informiert. Es gibt noch ein paar weitere Punkte, die wir in der Verwaltung täglich bearbeiteten. Ein Schwerpunkt den wir haben, ist die interne Kommunikation, gerne zeige ich Ihnen auf der Folie hier unten, aufgelistet sind die formellen Verse, die beachtet werden müssen. Ich möchte Ihnen diese nicht im Einzelnen alles vorlesen. Sie können dies gerne selber machen. Was wir auch konstant schauen, ist, dass das Geschäfts- und Kompetenzreglement eingehalten wird, dass damit auch die Linienführung gestärkt wird. Früher war es oft so, dass alles beim Gemeinderat gelandet ist. Das ist jetzt nicht mehr so. Wir sind dran, die Vorschläge und Einwände der Mitarbeiterbefragung zu prüfen und umzusetzen, wir sind gespannt, wie sich das mit der Verwaltungsanalyse verhalten wird. Wir sind an der Überarbeitung des Personalreglements. Die Einstufung des Personals wird in diesem Zusammenhang auch angeschaut. Es gibt neue Formulare zur Mitarbeiterbeurteilung und Zielvereinbarungen, welche wir in diesem Jahr noch erstellen werden. Es geht auch darum, HR-Prozesse zu klären. Wir haben festgestellt, dass im alten Personalreglement und im neuen Geschäfts- und Kompetenzreglement, Widersprüche gibt. Der Gemeinderat und die Geschäftsleitung arbeiten an einem Kulturwandel. Eine solche Veränderung braucht Zeit. Vertrauen braucht auch Zeit. Wie bei anderen Organisationen gibt es auch bei uns Personen, die gegenüber Veränderungen weniger aufgeschlossen sind als andere. Leider ist es dabei auch zu Rückschlägen gekommen. Das ist unbestritten, wir bedauern das. Insgesamt sind wir der Meinung, dass wir auf gutem Weg sind und wir bleiben an diesem Thema dran. Und noch als eine Bemerkung am Rande, ich glaube Ihnen ist das gar nicht bewusst. Der Gemeinderat Obersiggenthal hatte in der letzten Legislaturperiode insgesamt 9 verschiedene Mitglieder.

Teilgestaltungsplan Schild Ost

Der Einwohnerrat hatte im Jahr 2016 einem Verkauf einer Parzelle im Bereich des sogenannten Schild Ost beim Markthof zugestimmt, verknüpft mit der Bedingung, dass bis Ende 2022 eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt. Diese Frist werden wir nicht einhalten können. Der Gemeinderat wird deshalb an der nächsten Sitzung mit einem Antrag auf Fristverlängerung an Sie gelangen. Aus diesem Grund möchte ich heute kurz über den Planungsstand und über das weitere Verfahren informieren.

Nach der Einwohnerratssitzung im 2016 musste ein Wettbewerb für ein Planungsprojekt durchgeführt werden und verschiedene Gutachten eingeholt werden, bevor mit den Planungsarbeiten gestartet werden konnte. Vor zwei Jahren wurde das Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Nach Verhandlungen mit dem Entwicklungsträger wurde der Teilgestaltungsplan Schild Ost des Markthofes im letzten Jahr öffentlich aufgelegt. Daraufhin gingen mehrere Einsprachen ein. Nachdem die Einigungsverhandlungen durchgeführt worden waren, hat nun der Gemeinderat die entsprechenden Einsprache Entscheide gefällt und den Teilgestaltungsplan Schild Ost beschlossen. Dieser ist noch nicht rechtskräftig. Aktuell läuft noch die Frist für die Einsprecher zur Einreichung einer Beschwerde beim Regierungsrat.

Ich möchte Ihnen trotzdem noch kurz sagen, wie der Teilgestaltungsplan wirklich aussieht ohne ins Detail zu gehen. Gerne zeige ich Ihnen es auf der Folie. Hier haben wir die Parzelle, welche sich noch im Eigentum der Gemeinde Obersiggenthal befindet. Diese Parzelle, Sie sehen diese, es braucht diesen Entwicklungsträger. Der Eigentümer benötigt diese um etwas Sinnvolles zu realisieren. Wir haben darauf momentan einen kleinen Platz. Wir werden auch zukünftig einen kleinen Aufenthaltsbereich haben, mit einem Brunnen. Wir haben im Plan, den Kirchweg. Wir möchten dort eine Baumreihe pflanzen und einen zurückversetzten Gehweg. Den sehen Sie hier nicht. Dieser Plan ist koordiniert mit dem Betriebs- und Gestaltungsplan Konzept Kirchweg West und Landschreiber. Darüber habe ich Sie vor zwei Sitzungen informiert. Die Koordination mussten wir natürlich zwingend durchführen. Dann gibt es einen

Durchgang, bei der schraffierten roten Linie, da durch gelange zum Marktplatz. Dieser steht der Öffentlichkeit zur Verfügung, nicht laufend aber für verschiedene Veranstaltungen.

Beim orangen Bereich, haben wir eine Freihaltezone, diese soll für die zukünftigen Tiefgaragen freigehalten werden. Ab der Hertensteinstrasse, ausserdem befinden sich öffentliche Veloabstellplätze auf dem Perimeter. Diese Gebäude sind leicht zurückversetzt, diese sind nicht ganz an die Abstandslinie, welche möglich wären, hingesezt. Diese werden nach hinten versetzt, und auch in der Höhe wurde nicht alles was möglich ist, ausgeschöpft. Wie geht es jetzt weiter, ich habe Ihnen bereits mitgeteilt, der Teilgestaltungsplan ist noch nicht rechtskräftig. Das heisst, wir wissen nicht, wann dieser rechtskräftig wird. Wenn die Einsprecher mit den Entscheidungen des Gemeinderats nicht einverstanden sind, können diese an den Regierungsrat, anschliessend an das Verwaltungsgericht und dann an das Bundesgericht weiterziehen und die Rechtmässigkeit des Teilgestaltungsplans Schild Ost prüfen lassen. Erst wenn es rechtskräftig ist, können wir an ein Baugesuch denken. Auch ein Baugesuch, welches eingereicht wird, erfüllt die Frist, welche vom Einwohnerrat definiert worden ist, nicht. Auch ein Baugesuch kann Gegenstand sein von einem Rechtsmittelverfahren. Es kann Einsprachen geben, es kann wieder Beschwerde geben an den Regierungsrat, an das Verwaltungsgericht und an das Bundesgericht.

Aus diesem Grund möchten wir Ihnen an der nächsten Sitzung einen Antrag stellen, nicht mit einer fixen Frist, sondern mit einer Frist verbunden mit einem Vorgehen. Mit einem Vorgehen, die Planung, vorwärts zu treiben. Und wenn diese nicht vorwärtsgetrieben wird, würde dann diese Parzelle wieder zurückübertragen. Das einfach für Ihre Vorinformation.

Mobilitätskonferenz

Der Gemeinderat dankt den Quartiervereinen, den Parteien, der Planungs- und der Verkehrskommission herzlich für die Meldung ihrer Vertreterinnen und Vertreter für die Mobilitätskonferenz. Alle elf Sitze der Gemeinde Obersiggenthal konnten besetzt werden.

Hängigen Postulaten und Motionen

Die Motion SP Dokumentation der in Einwohnerratssitzungen präsentierten Informationen: Es ist geplant, im September einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten.

Postulat SVP Littering: Letztes Jahr wurde ein Zwischenbericht erstattet. Es ist geplant, dass wir Kosten einstellen im Budget und im September soll ein abschliessender Bericht vorgelegt werden.

Postulat Bus Hertenstein: Kontakte haben stattgefunden. Die Unterlagen sind zusammengesucht worden. Diese müssen aber aktualisiert werden und aus Freienwil kamen Hinweise, dass allenfalls neue Ideen vorhanden sind. Deshalb sind wir da noch nicht weiter.

Postulat Peter Marten betreffend Schuldenabbau: Die Beantwortung wurde an die Hand genommen. Dabei spielen unter anderem die längerfristigen Kosten für den Erhalt der Liegenschaften eine Rolle. Diese werden mit dem neuen Leiter Liegenschaft zuerst angeschaut. Ebenfalls müssen die längerfristigen Aspekte im Zusammenhang mit der Steuergesetzrevision berücksichtigt werden. Darüber hat am letzten Sonntag eine Abstimmung stattgefunden.

Vernehmlassungsverfahren

Nächste Woche wird das Parkraumkonzept sowie das Reglement aufgelegt. Es findet ein öffentliches Mitwirkungsverfahren statt, die 30 Tage dauert. Da sind Sie herzlich eingeladen, uns Rückmeldung zu geben, bevor es dann im November in den Einwohnerrat kommt.

Ausserdem habe ich bereits gesagt, dass der Gemeinderat den Entwurf zur Totalrevision des Personalreglements ausgearbeitet hat. Die Parteipräsidenten werden diesen Entwurf in der nächsten Woche zugestellt bekommen. Die Vernehmlassung findet im Zeitraum vom 1. Juni bis 20. Juli 2022 statt. Sie sollten damit genug Zeit haben, das anzuschauen.

Peter Stucki, Vizeammann: Bachöffnung beim Sportplatz

Es ist aus dem Einwohnerrat die Frage gestellt worden, wie das aussieht mit dem Stand Projekt Hochwasserschutz, bzw. Tobelbach und der Vergrößerung des Fussballplatzes. Zu der ersten Bauprojekteingabe zu der Bachöffnung, hat der Kanton zusätzliche Informationen und Unterlagen eingefordert. Die werden zusammen mit der Abteilung Tiefbau und dem Ingenieurbüro erarbeitet und dem Kanton eingereicht. Aufgrund der personellen Situation, die wir leider haben, ist das Projekt verzögert. Wenn die Baubewilligung des Hochwasserschutzes vorliegt, kann das Bewilligungsverfahren des Fussballplatzes in Angriff genommen werden.

Sanierung Hallen- und Gartenbad

Das Bauprojekt ist fertiggestellt und befindet sich aktuell in der Vernehmlassung bei der Baukommission Hallen- und Gartenbad und wird noch vor den Sommerferien dem Gemeinderat präsentiert. Der Einwohnerrat wird an der September Sitzung weiter informiert. Das Bauprojekt startet Ende Juni 2023 und das Bauende ist im Oktober 2025 vorgesehen. Nach dem aktuellen Stand sollte es möglich sein, entweder das Hallen- oder Gartenbad offen zu lassen.

Bushaltstellen

Zwischen August und Oktober in diesem Jahr, werden die Bushaltstellen Markthof vom Kanton, nach dem Behindertengleichstellungsgesetz, umgebaut. Dafür werden die Haltstellen leicht verschoben. Aktuell liegen die Unterlagen für die Bushaltstellen Landschreiber und Boldi, im Gemeindehaus, öffentlich auf. Der Umbau von diesen 4 Haltstellen sollte im nächsten Jahr stattfinden.

Walter Vega, Gemeinderat:

Der Krieg, der aktuell in der Ukraine wütet, beschäftigt uns alle. Millionen von Menschen sind auf der Flucht, haben Ihr Hab und Gut, oft auch Ihre Familien und Freunde zurückgelassen. Oft sind es Frauen und Kinder, die traumatisiert bei uns eintreffen. Per Mitte April, haben sich 29 Personen, mit dem Status S, bei uns in der Gemeinde, aufgehalten. Sieben müssen aktuell noch auf den Schutzstatus warten. Der Kanton hat aus den Folgen dieses Krieges das Aufnahmekontingent erhöht. Von 26 auf 48. Da wir aber momentan noch 35 vorläufige aufgenommene beherbergen, erfüllen wir mit 64 Personen, das neue Kontingent bereits heute schon. Alle Personen mit dem Schutzstatus S sind in privaten Gastfamilien untergebracht. Es besteht eine unglaubliche Solidarität in unserer Gemeinde, ich möchte mich an dieser Stelle im Namen des ganzen Gemeinderates bedanken. Im Moment ist keine Zunahme der Flüchtlinge erkennbar, aber so lange der Krieg weitergeht, könnten jederzeit noch mehr Flüchtlinge eintreffen. Die Gemeinde ist daher noch auf der Suche nach zusätzlichen Unterkünften.

Christian Keller, Gemeinderat:

Ich habe eine erfreuliche Kurzmitteilung zum Jugs. Das Dach vom Jugs ist repariert, es ist dicht. In den nächsten Tagen sollte dann auch noch das Gerüst abgebaut werden.

Peter Marten, Gemeinderat:

An der letzten Einwohnerratssitzung ist von der SP-Fraktion eine Anfrage gekommen zu der Steuergesetzrevision, mit dem Titel Mindereinnahmen Steuergesetzrevision. Es hat dazu eine Aufstellung gegeben, wie die Mindereinnahmen aussehen soll. Grob gesagt, man kann es einteilen, in zwei Teile, also Mindereinnahmen vor der Kompensation und Mindereinnahmen nach der Kompensation. Es heisst für Obersiggenthal, dass wir in diesem Jahr CHF 442'000 starten, es geht dann nach oben in den Bereich von CHF 689'000. Ab dem Jahr 2026 hat der Kanton nicht mehr dazu etwas gesagt. Die SP-Fraktion hat dann basiert auf den Zahlen, CHF 600'000 bis CHF 700'000 im Jahr 2025. Es wird durch die SP-Fraktion weiter festgehalten, dass in den vorgetragenen aufgeführten Minderbeträgen, von substanziellen Ausfall Gemeinde XY handelt und sie stellt folgende Frage: Wie beurteilt der Gemeinderat diese Mindereinnahmen, sind sie aus Sicht des Gemeinderates im Budget von Obersiggenthal verkräftbar? Im Fall, dass das Gesetzrevision angenommen wird, mit welchen Massnahmen plant der Gemeinderat diese zu kompensieren? Ich habe die Antwort verfasst, wo es nicht klar war, ob diese angenommen wird oder nicht. Der Gemeinderat kann dazu wie folgt Stellung nehmen:

Der Zahlenvergleich, das kantonale Steueramt hat mit dem Schreiben vom 14. März 2022, eine neue Liste mit den finanziellen Auswirkungen für die Gemeinden vorgelegt. Die erste Liste, ist meinem Wissensstand her, das letzte Jahr im Herbst verteilt worden. Diese sind praktisch identisch gewesen mit den Zahlen, die Ihr bereits gehabt habt. Ein kleiner Zahlendreher hatte es gehabt, im Jahr 2025, nach der Kompensation. Was es auch noch gehabt hat, was von Belangen war, dass man gesagt hat, dass man die kumulierten Steuereinnahmen für natürliche und juristische Personen, in Obersiggenthal im Jahr 2021, CHF 26,8 Mio. gewesen sind. Im Jahr 2022, ohne Revision, CHF 27,253 Mio. Das sind ca. CHF 442'000 höher, diese Zahl sehen Sie unten links auf der Folie. 2022, inklusive Revision, das heisst, es ist jetzt so wie es jetzt prognostiziert ist, der Kanton mit der Mindereinnahme von CHF 26.811 Mio. Also in absoluten Franken müsste man theoretisch, wenn die Prognose vom Kanton eintrifft in diesem Jahr, immer noch ein paar Franken mehr Steuereinnahmen haben, trotz der Annahme, wie wir das im letzten Jahr gehabt haben. Was aber auch klar gesagt werden muss, wäre diese Vorlage abgelehnt worden und die prognostizierte Steuereinnahme eingetroffen, hätten wir sogar CHF 400'000 mehr gehabt. Dann wären wir also bei 27,2 Mio. Das kantonale Steueramt hat dann zu der neuen Liste zu den finanziellen Auswirkungen ein paar Feststellungen gemacht. Gerne könnt Ihr diese im Protokoll durchlesen. Die Kernbotschaft ist eigentlich die gewesen, die Gesamtsteuerbeträge von der Gemeinde werden eher steigen, stärker steigen als bisher angenommen. Das ist eine Prognose vom Kanton. Das ist für alle Gemeinden der Durchschnitt, es gibt natürlich auch Unterschiede, das muss man fairerweise auch sagen. Sie sehen eine Steigerung im Jahr 2023/2024 und 2025. Sie sagen, im Jahr 2025 wird es basierend auf allen Gemeinden, eine Wachstumsannahme geben, höher als im Jahr 2021. Dann zu dem Jahr 2022, ein wenig detaillierter, ist es so, dass die CHF 442'000, die kann man aufteilen. Man kann schauen, wie ist der Effekt mit den natürlichen Personen, was ist der Effekt mit den juristischen Personen. In Obersiggenthal ist es so, dass die natürlichen Personen in Franken, nicht in Prozent, am stärksten profitieren, bzw. wir am meisten merken, dass macht etwa CHF 542'000 Mindereinnahmen von den natürlichen Personen, da gibt es Kompensationszahlungen von CHF 124'000. Bei den juristischen Personen haben wir Mindereinnahmen von etwa CHF 69'000, da gibt es Kompensationszahlungen von CHF 45'000. Dann landen wir eben bei den CHF 442'000. Man hat es dann weitergeführt, der Kanton, und wir kommen dann eben im Jahr 2025, auf eine Mindereinnahme von gesamthaft CHF 689'000. Diese Zahl sehen sie ganz unten rechts. Wir machen folgende Feststellungen, gemäss den Unterlagen der Volksabstimmung vom 15. Mai 2022 umfasst die Revision um die steuerliche Entlastung der natürlichen Personen. Mit einer deutlichen Erhöhung vom Pauschalabzug der Versicherungsprämien, Sparkapitalzinsen und der Entlastung von den juristischen Personen. Etablierte Gewinnsteuersatzsenkung von den Unternehmen. Auch nach der Annahme dieser Änderung vom Steuergesetz im Kanton Aargau, dürfte Obersiggenthal, gemäss den aktuellen Prognosen vom kantonalen Steueramt Netto mit praktisch gleichen Steuereinnahmen im Jahr 2022 rechnen, wie im Jahr 2021. Die Steuereinnahmen werden hingegen bei einer Ablehnung von der Vorlage runter um rund CHF 442'000 höher ausgefallen. Der Gemeinderat verzichtet auf die Argumente der Befürworter und den Gegner von der Vorlage zu wiederholen, und verweist diesbezüglich auf die Aussage des Kantons zu dieser Vorlage. Antworten zu den Fragen der SP-Fraktion, wie beurteilt der Gemeinderat die Mindereinnahmen. Wie ich schon gesagt habe, sollte die Prognose, eintreffen, sollten wir vom kantonalen Steueramt bei einer Annahme von der Vorlage, im Jahr 2022 praktisch identische Steuereinnahmen haben, wie im Jahr 2021. Bei einer Ablehnung hingegen hätten wir CHF 442'000 mehr Steuereinnahme. Langfristig sogar bis CHF 650'000 im Jahr. Diese Mittel hätten wir gebrauchen können, zur Entlastung der Rechnung, sei es im laufenden oder zur Verwendung eines möglichen Schuldenabbaus. Sind aus Sicht des Gemeinderates, das Gemeinde-Budget verkräftbar? Bei der Erstellung des Budget 2022 sind wir davon ausgegangen, dass das Stimmvolk das Steuergesetz-Revision annehmen wird. Wir haben den negativen Effekt eingerechnet mit CHF 220'000. Das heisst, dass auch der Linus Egger, dargelegt hat, im Budget letztes Jahr. Das ist auch protokolliert, wir haben quasi die Steuereinnahmen von CHF 220'000 gesenkt von der Prognose her. Wenn jetzt also, diese aktuelle Prognose eintreffen sollte, sollten wir trotzdem auf die Werte kommen vom letzten Jahr. Also die CHF 220'000 sollte man theoretisch bekommen, dass der Effekt null sein wird. Wenn das Gesetz abgelehnt worden wäre, dann hätte man bereits dieses Jahr die CHF 442'000 gehabt. Die Frage nach der Verfrachtbarkeit der Gemeinde Obersiggenthal, ist nicht leicht zu beantworten. Wenn die langfristige Wachstumsprognose vom Kanton nicht eintreffen sollte, vom

kantonales Steueramt, die Mindereinnahmen von dieser Revision nur schwer verkräftbar. Das muss man klar sagen. Also wenn die Prognose nicht eintrifft, haben wir ein Problem oder noch ein grösseres Problem. Sollten noch weitere negative Faktoren eintreffen, dann würden eben die Effekte kumuliert. Die langfristigen Prognosen sind natürlich mit Unsicherheiten behaftet, das können auch positive Faktoren zu wenig berücksichtigt werden. Diese können auf der Gemeindeebene durch spezielle Konstellationen, wie ich es Ihnen geschildert habe, Investitionen, Unterhalt, Kostenzunahmen, Neuzuzüger noch verstärkt werden in beide Richtungen. So oder so, sind für Obersiggenthal Mindereinnahmen negativ. Aus finanzieller Sicht, ist somit eine hohe Kostendisziplin weiterhin sehr wichtig. Aber auch die Realisierung von den geplanten Überbauungen, mit potenziellen neuen Steuerzahlern, welche in unsere Gemeinde ziehen. Für den Fall, dass die Gesetzrevision angenommen wird, ist der Gemeinderat gefragt worden, mit welchen Massnahmen plant er die Mindereinnahme im Gemeindebudget zu kompensieren. Kurzfristig machen wir nichts. Wir haben mit einem negativen Effekt gerechnet, der negative Effekt tritt nicht ein, mindestens jetzt noch nicht. Keine Ahnung was im Herbst passiert. Wir haben für die Budgetierung 2023 die Vorgaben gemacht, dass der Sach- und übliche Betriebsaufwand, soll das Budget 2022 nicht übersteigen. Also +0%. Wir haben aber auch dort im Budget vorgegeben, dass wir die Veränderungen der Steuerzahler mit einbeziehen dürfen. Wir haben auch dort die Vorgaben gemacht, dass dort die ausserordentlichen Positionen und Neubudget Positionen ausführlich begründen muss. Das Baubudget haben wir auch die Vorgaben gemacht, dass dieses wieder unterteilt werden soll in A und B – Aufgaben. Also A-Aufgaben sind mit erster Priorität und B-Aufgaben sind mit zweiter Priorität. Es ist für den Gemeinderat klar, dass noch höhere Steuereinnahmen, welche man bekommen hätte, bei einer Annahme, dass die Rechnung der Gemeinde weiter entlastet hätte. Sie haben vielleicht festgestellt, dass wir keine Aussage gemacht haben über Zuzüger oder Firmen, Neuansiedlung. Das haben wir bewusst gemacht, weil im Moment sehen wir nicht, wo es hingehen sollte. Wenn wir die gleiche Entwicklung ansehen, welche wir im letzten Jahr gehabt haben. Grundsätzlich haben wir Gewerbeflächen, aber da ist nicht so viel Bewegung drin. Ich denke nicht, dass da nach der Abstimmung mehr Bewegung kommt. Bezüglich der finanziellen Situation in Obersiggenthal ist dem Gemeinderat klar, dass wir trotz dem erfreulichen Abschluss 2021 noch von keiner Trendwende sprechen können, wir müssen weiterhin sorgsam mit den finanziellen Mittel umgehen. Wir müssen die Investitionen sorgfältig mit unseren finanziellen Möglichkeiten abstimmen. Es wäre schön, wenn nach den eher enttäuschenden Steuereinnahmen, welche wir in den letzten Jahren gehabt haben, die prognostizierte höhere Steuereinnahmen vom Kanton, auch wirklich eintrifft. Auch wenn das jetzt eher von einem tieferen Niveau als sich die Gegner erhofft haben. Wir hoffen, dass wir dort einfach weiterkommen. Für uns im Moment ist es so, dass wir die langfristigen Aspekte von dieser Abstimmung, einbauen möchten in das Postulat Schuldenabbau, welche die FDP dem Einwohnerrat mal eingereicht hat. Wir haben auch noch andere Aspekte, welche eine Rolle spielen, insbesondere der ganze Block Liegenschaften, wie wir mit diesen umgehen. Das Thema wird uns noch weiterverfolgen.

Christoph Villiger: Eine Diskussion ist nicht angedacht. Wenn Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen noch Fragen zu diesem Bericht haben, dürfen sie diese gerne stellen.

Carol Demarmels: Ein paar Punkte sind mir noch wichtig, dass eine ist die Steigerung der Einnahme, welche prognostiziert worden ist für Menschen, welche die Debatte nicht mitverfolgt haben. Die Steigerung kommt ja zu Stand, wenn wir eine Bevölkerungswachstum prognostiziert haben, von eins bis zwei Prozent, in Obersiggenthal in den nächsten Jahren. Das ist da eine. Das andere ist, wenn man von einem BIP – Wachstum ausgehen von mehreren Prozenten. Peter Marten, du hast es vorhin gesagt, wenn weitere negative Faktoren kommen, dann wissen wir nicht, das BIP-Wachstum – Prognose hat sich leider halt durch die Ukraine Krise verändert. Mit dieser Steigerung können wir nicht rechnen, wir können aber weiterhin mit dem Bevölkerungswachstum rechnen. Meine Frage ist da, mit einem Bevölkerungswachstum einher geht auch selbstverständlich eine Kostensteigerung. Diese müsste man ja in die Waagschale legen, das hat mir jetzt ein wenig gefehlt in dieser Antwort. Wir haben selbstverständlich, hoffentlich, durch das Bevölkerungswachstum steigende Einnahmen. Aber natürlich auch die steigenden Ausgaben. Und der zweite negative Faktor ist, welcher jetzt dazu ge-

kommen ist, dass die Bevölkerung leider auch wächst durch die Flüchtlinge, welche Schulpflichtige Kinder mit sich bringen. Auch da haben wir eine Kostensteigerung. Wenn wir von einer Verkräftbarkeit sprechen und sagen wir haben immer noch gleich viel Geld, aber wir sind ja mehr Personen. Wie ist denn da die Beurteilung? Wächst denn da die Kostensteigerung mit, ist es dann immer noch verkräftbar? Das hat mir in dieser ganzen Antwort gefehlt, man kann ja nicht nur die Einnahmenseite anschauen.

Peter Marten, Gemeinderat: Habe es zur Kenntnis genommen.

Christoph Villiger: Neueingänge. Wir sind immer noch beim Traktandum 1 Neueingänge. Ihr findet auf eurem Tisch, die Anfrage von Nico Lalli betreffend Abstimmungskampf durch aktive Gemeinderäte – Regelung des Gemeinderates? Dies wird bei der Umfrage beantwortet

Zum **Protokoll** der Sitzung vom 13. März 2022 sind keine Korrekturen eingegangen. Somit ist das Protokoll genehmigt.

2 2022/21 Rechnung 2021

Eintreten nicht bestritten

Christoph Villiger: Zu diesem Thema wird auch Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen, Einsitz nehmen.

Peter Marten, Gemeinderat: Ich freue mich, Ihnen die Rechnung 2021 zu präsentieren. In der Informationsveranstaltung der Fraktionspräsidenten habe ich gesagt, dass das hoffentlich nicht das letzte Highlight war in meiner Amtsperiode. Ich bin aber grundsätzlich ein positiver Mensch, auch wenn das nicht immer durchkommt. Vor allem bei dem Thema Finanzen. Also ich bin optimistisch. Schauen wir die Rechnung an, wie sieht es aus, wir haben einen Aufwandüberschuss prognostiziert im Budget von etwa CHF 1.1 Mio., bei einem Finanzierungsertrag von CHF 2.3 Mio. Das ist eigentlich genau umgekehrt herausgekommen. Das heisst ein Ertragsüberschuss von CHF 875'000. Einen Finanzierungsüberschuss von CHF 1.6 Mio. Das operative Ergebnis ist somit rund CHF 2 Mio. über Budget ausgefallen. Das Finanzierungsergebnis CHF 4 Mio. Ich habe mir erlaubt, nicht als Nostalgiker, hier eine kleine Resonanz an meinen Amtsvorgänger, Linus Egger. Es war ihm im letzten Jahr als Finanzminister, wichtig gewesen, dass die Rechnung mit einer schwarzen Null abschliessen kann. Dass ist hier dargestellt auf dem Bild, es hat sich auch im Verlauf des letzten Jahres abzeichnet, dass das Jahr trotz Corona, trotz der vielen negativen Effekten, relativ gut herauskommen könnte. Je länger das Jahr angedauert hat, ist die schwarze Null immer tiefer gesunken. Man hat gemerkt, es könnte wirklich ein positives Ergebnis geben. Ich gebe es zu, als ich das Resultat gesehen habe, war das erst gewesen, es ist zwar nicht ganz Stufen gerecht, aber ich musste trotzdem sagen: Geschafft ist die schwarze Null, es ist sogar übertroffen. Es gibt einen positiven Abschluss. Das war ein wichtiger Schritt gewesen, dass wir das geschafft haben. Wieder mal einen guten Abschluss zu haben. Es ist ein sehr erfreuliches Resultat aus unserer Sicht. Mir ist klar, dass man nochmals durch die Rechnung gehen kann, dass man garantiert noch ein Haar in der Suppe findet. Man kann diese auch nach vorne ziehen, kann diese noch genüsslich hin und her schieben. Man kann wirklich sagen, es ist wirklich ein erfreuliches Resultat. Was mich auch gefreut hat, dass die Steuererhöhung gegriffen hat, wir haben das untersucht. Auch hier kann man natürlich noch gewisse Sachen zu Tode diskutieren, aber Fakt ist, die Steuererhöhung hat für einmal gegriffen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, in den letzten Jahren in der Vergangenheit, als es Steuererhöhungen gegeben hat, haben diese eigentlich nie so eingeschlagen, wie man gedacht hat, dass ist sogar teilweise verpufft. Diesen Effekt haben wir nicht gehabt, das hat uns alle sehr erfreut. Die negativen Effekte in der Rechnung 2021 waren nicht so schlimm wie wir befürchtet haben, aber trotzdem sind diese vorhanden. Wir haben

jetzt keine Darstellung gemacht, wie die Fiko, dass im letzten Jahr gewünscht hatte. Irgendwann gibt es auch eine Grenze. Es gibt die relativ Offensichtlichen, mehr Reinigungsaufwand, mehr Reinigungsmaterial. In der Schule, Ausflüge die nicht stattgefunden haben. Es sind Einsparungen Jugendfest, welche nicht stattgefunden haben. Das waren Einsparungen, es gab Verschiebungen. Das waren solche Effekte. Es gibt aber auch andere Effekte, welche man nicht gleich auf dem ersten Blick erkennen kann oder zuordnen kann. Die entscheidende Frage, dass gar nicht erst ein Rätsel auftaucht. Aus unserer Sicht, also vor allem aus meiner Sicht, ist es noch keine Trendwende. Es ist ein sehr gutes Resultat. Dass lassen wir so stehen, das wollen wir nicht schlecht sprechen. Aber es ist noch ein langer Weg, zum Sagen können, jetzt haben wir das. Wenn wir weiter gehen bei der Einnahmenseite, was hat geholfen bei diesem Abschluss. Ja nicht überraschend, die Steuereinnahmen, das hat mal gut durchgeschlagen. Bei den natürlichen Personen, sind wir doch einiges besser gewesen. Bei den Kapital- und Gewinnsteuern bei den juristischen Personen, sind wir auch etwa CHF 200'000 besser gewesen. Was auch eingeschlagen hat, sind die Vermögensgewinnsteuer, die haben wir fast verdoppelt, sind CHF 720'000. Das sind so die Grundstückgewinnsteuer. Ich könnte mir vorstellen, oder ich hoffe, dass wir dieses Jahr eine gewisse Fortsetzung sehen könnten, von diesem Trend. Die Zahlen können wir noch nicht sagen, aber es sollte tendenziell eher vorwärts gehen. Es sind Mehrwertabgaben von CHF 2.3 Mio. im zweckgebundenen Fonds verbucht worden. Ich erkläre nochmals kurz den Zweck der Mehrwertabgaben, für diejenigen, die neuer im Rat sind oder es nicht mehr so präsent haben. Mit der letzten BNO-Änderung hat es zum Teil Parzellen gegeben, welche Landwirtschaftsland ist, dieses wurde auf einmal Bauland. Durch das hat das Land deutlich mehr an Wert gewonnen, und der Inhaber von diesem Land muss ein Teil von diesem Mehrwert abgeben. Da gibt es ein Reglement dazu, in diesem ist genau definiert, wenn was passieren muss, die verschiedenen Faktoren, aber man kann in Kürze sagen, langsam aber sicher werden die letzten Zahlungen noch eintreffen. Das ist aber Geld, welches man nicht einfach als Gemeinde in die laufenden Rechnungen hinein machen kann. Also man kann nicht sagen, jetzt bauen wir schnell mit diesem Geld einen Kindergarten oder einen Spielplatz. Das ist Geld, welches man vor allem bei Begrifflichkeit ist vielleicht nicht korrekt aber raumplanerische Massnahmen einplanen kann. Man muss dieses im weitesten Sinn für Baumassnahmen, Planungsmassnahmen, Weiterentwicklung brauchen. Wenn wir weiter gehen, wir haben noch grössere Abweichungen gehabt bei den Rückerstattungen Sozialhilfe. Von der Fernwärme haben wir CHF 57'000 mehr Dividenden erhalten. Das war ein Projekt, dass die Gemeinde auch mitangestossen hat. An diesem hat die Gemeinde auch Fondsbeiträge geleistet. An diesem hat die Gemeinde auch eine Anschubfinanzierung gemacht hatte. Zu einer Zeit, in der Personen lieber ihre Ölheizungen à jour gebracht haben. Anstatt sich an die Fernwärme anzuschliessen.

Dann gibt es noch die andere Seite, dass ist die Aufwandseite. Da ist so, dass wir beim Lohnaufwand, weniger gebraucht haben, manchmal hat das schlechte, auch etwas Gutes. Aber nur auf den ersten Blick. Wir haben ja diverse Vakanzan gehabt, durch das hatten wir weniger Lohnaufwand. Aber gleich auf den nächsten Zeilen, sehen sie, dass es zweischneidig ist, wir mussten externes Personal einstellen, welche diese Lücken gefüllt haben. Das sind tendenziell nicht die günstigeren Personen, weil da auch Unternehmungen dahinter sind, welche logischerweise ihr unternehmerisches Risiko abgedeckt haben wollen. Honorare externe Berater sind ca. CHF 100'000 im Minus. Dort konnten nicht alle Projekte durchgeführt werden, welche geplant waren. Es schlägt sich durch, dass vielleicht auch mehr Personen in der Verwaltung krank sind, durch das gehen gewisse Projekte auch zurück. Man kann es nicht so genau zuordnen. Das ist, was ich am Anfang gesagt habe, der Covid-Effekt in der Rechnung 100 % zuordnen, darüber könnte man eine Masterarbeit schreiben. Auch der Unterhalt Tiefbauten fiel tiefer aus, da nicht alle Projekte umgesetzt werden konnten. Gewisse Projekte mussten aber vorgezogen werden, so zum Beispiel das Flachdach Kindergarten und das Flachdach Schulhaus Unterboden. Wo wir immer noch profitieren, sind, dass die Zinsen immer noch extrem tief sind. Es hat da auch absurde Situationen gegeben, dass wir da stückweit auch profitieren konnten. Wir haben aber auch Beiträge an Gemeinden und Verbände, die gestiegen sind. Insbesondere ist es der Zivilschutz, bei diesem hat es auch gewisse Mehraufwendungen gegeben. Wir hatten es ja letztes Jahr gesehen, dass gewisse Organe, welche stiefmütterlich behandelt worden sind, dass diese durchaus ihre Berechtigungen haben, dass es schön und

gut ist, dass man auf diese zählen kann. Aber auch diese benötigen ihre Mittel und ihre Leute, dass diese entsprechend handeln können.

Wir gehen zu den Spezialfinanzierungen, Wasser- Abwasser, Abfallwirtschaft. Es sieht überall eher gut aus. Wir haben gewisse Ertragsüberschüsse, wir haben aber auch überall Finanzierungsfehlbeträge, wenn ich das richtig innig habe. Sonst würde mich Bernhard Wehrli korrigieren. Ob Anpassungen bei den Gebühren nötig sind, kann erst bei der Budgetierung gesagt werden. Der Gemeinderat schaut dies selbstverständlich an und wenn es angezeigt ist, wird allfällig eine Reduktion beantragt.

Entwicklung Nettoschulden: das ist natürlich jetzt ein Vorteil, man konnte letztes Jahr Schulden abbauen. Es gab einen Abbau von ca. CHF 17 Mio. auf CHF 15.5 Mio. Man darf Freude haben und den Moment geniessen. Vergessen dürfen wir aber nicht, dass die grossen Brocken wie das Schwimmbad oder das Schulhaus aber erst noch kommen. Also steigt auch die Verschuldung wieder an. Ich habe jetzt darauf verzichtet, den letzten Finanzplan und der vorletzte Finanzplan, hinzuzulegen. Es ist einfach eine Welle, die tendenziell nicht mehr ganz so hoch geht, aber sich gegen rechts verschiebt. Fairerweise muss man sagen, es kommt noch einiges auf uns zu.

Was sind so aktuelle Themen, was beschäftigt mich? Ich habe gesagt beschäftigen, nicht belasten. Die grossen Projekte kommen, wir haben es gehört von Bettina Lutz Güttler, die Situation betreffend Bauteuerung. Man muss schon sagen, dass hilft uns im Moment nicht. Das Umfeld und gleichzeitig die grösseren Projekte. Das macht mir persönlich Bauchweh. Ich habe Angst, dass die grösseren Renovationen und Unterhaltsarbeiten auch durchschlagen können im Material, dass wir das leider merken. Das ist keine gute Entwicklung. Da muss ich auch nichts schön sprechen. Die Auswirkung der Inflation, das ist ein bisschen das Thema, welches Carol Demarmels angesprochen hat, dass wird natürlich verschiedene Auswirkungen haben. Wir stellen schon fest, es gibt eine Zinserhöhung in der Schweiz. In der Schweiz ist das natürlich momentan auf sehr hohem Niveau, wir sind noch weit entfernt von den amerikanischen Verhältnissen, da sind die Zinsen deutlich höher. Aber wenn es so weiter gehen würde, irgendeinmal in Europa, die Zinsen ansteigen, wird es sich durchschlagen auch in der Schweiz. Das heisst, wir mit unseren Schulden, werden es merken mit den höheren Zinsen. Positiv werden wir es merken bei unseren Steuerpflichtigen, welche Vermögenswerte haben, und vielleicht Festverzinslich nicht mehr sich Sorgen machen müssen, dass sie nichts mehr erhalten, sondern dass sie auf einmal einen gewissen Zins haben, welche sie versteuern müssen. Das könnte gewisse Steuereinnahmen generieren.

Kostensteigerung bei der Energie

Ich durfte gestern an der Generalversammlung der EGS dabei sein, da wurde gesagt, wir kaufen den Strom längerfristig ein. Das sollte unmittelbar nicht so ein Problem sein. Aber ich glaube, dass wird natürlich schon ein Problem werden, die höheren Energiepreise, die werden wir merken. Vielleicht werden wir es noch nicht dieses Jahr merken, vielleicht auch noch nicht nächstes Jahr, aber wir werden es sicher merken. Wir werden es auch merken, beim Benzin bei grösseren und kleineren Maschinen usw.

Auch ein aktuelles Thema ist unsere Liegenschaftsportfolio, ich weiss leider die Zahlen nicht auswendig. Du hast es mir zwar sicher schon 3-mal gesagt, Peter Stucki.

Peter Stucki, Vizeammann: Ca. 125 Mio. Versicherungswert.

Peter Marten, Gemeinderat: 125 Mio. Versicherungswert haben wir an Immobilien. Auch da müssen wir schauen, dass wir jetzt im Sinn von Nachhaltigkeit regelmässig einen Betrag ins Budget stellen, damit der Unterhalt sichergestellt werden kann. Sonst haben wir langfristig ein Problem, dass unsere Liegenschaften eher nicht schöner werden, ich formuliere es mal so, dass dann auf einmal relativ grosse Brocken anfallen. Das möchten wir vermeiden. Das ist ein Grund, wieso die ganze Beantwortung dieses Postulats länger dauert. Weil wir eben diese Effekte auch noch mit einberechnen und miteinbeziehen. Mir schwebt vor, dass man sich auf irgendeinen Betrag einigt, wo man sagt, dass ist ein vernünftiger Wert. Wo man im Jahr im Schnitt investieren möchte. Da kann es sein, dass ein Politiker einen Entscheid fällt, wir gehen unter diesen Betrag. Aber dass man genau weiss, wie bei einem Kässeli, jetzt sind wir schon so

viel zurück, und wir sind schon so viel voraus, dass man einfach bewusste Entscheide fällen kann.

Ich bin zufrieden mit dem Resultat und bin nun gespannt auf die Fraktionsmeinungen.

Christoph Villiger: Betreffend das weitere Vorgehen, ist die Idee, dass jetzt die Finanzkommission etwas dazu sagen darf. Sie haben einen Bericht erfasst, diesen habt ihr zugestellt bekommen, nebst dem Bericht und der Jahresrechnung. Anschliessend kommen wir zu den Fraktionsmeinungen. Zuletzt gehen wir die Rechnung durch und es können Detailfragen gestellt werden.

Nico Lalli, Präsident FIKO: Zuerst im Namen der gesamten Kommission unseren Dank an den Gemeinderat, insbesondere Peter Marten als Finanzvorsteher, sowie an die gesamte Verwaltung, namentlich an Bernhard Wehrli, welcher heute auch da ist, für die gute Zusammenarbeit und die offenen Diskussionen. Wir haben das sehr geschätzt. Ich kann es relativ kurz machen. Sie haben alle den Bericht gesehen und gelesen. Das was ich jetzt sage, deckt sich stark mit den Aussagen von Peter Marten, vielleicht liegt es auch an den Personen, ich weiss es nicht. So gab dann auch die Rechnungsführung wenig Anlass zu Diskussionen. Nun aber zum Inhalt. Das Jahr 2021 war aus finanzieller Sicht ein gutes Jahr. Die Rechnung hat seit langem wieder deutlich besser abgeschlossen als budgetiert. Dank diesem guten Abschluss konnten auch die Schulden leicht reduziert werden. Beides erfreuliche Nachrichten, die es positiv zu würdigen gilt. Nun, eine Schwalbe macht bekanntlich aber noch keinen Sommer und so zeigt sich denn bei genauerer Betrachtung, dass das Resultat noch keine Trendwende signalisiert und die finanzpolitischen Herausforderungen der Gemeinde damit auch nicht plötzlich verschwunden sind. Die Details sind im Bericht erläutert, trotzdem möchte ich drei Punkte hier noch mündlich betonen:

1. Die Budgetierung fand im Sommer 2020 statt, also kurz nach Abklingen der ersten Coronawelle. Damals war völlig unklar, wie es mit der Pandemie weiter geht, ob und in welchem Ausmass das Virus zurückkommen würde und welche Auswirkungen der wochenlange Shutdown auf die Gemeindefinanzen haben würde. Entsprechend war das Budget mit hoher Unsicherheit behaftet und mit entsprechender Vorsicht ist das Resultat zu interpretieren. Das vorneweg.

2. Das positive Ergebnis ist vor allem aufgrund von Sondereffekten zustande gekommen: So wurden die ordentlichen Steuereinnahmen wegen der Coronakrise pauschal um CHF 1 Mio. tiefer budgetiert. Man hat einfach mal vorneweg genommen, dass die Steuereinnahmen entgegen einem normalen angenommenen Verlauf ohne CHF 1 Mio. tiefer ausfallen. Jetzt sieht man, dass ein Überschuss von natürlichen Steuereinnahmen von CHF 800'000 entstanden sind. Man hat quasi diese stille Reserve, von dieser Million nutzen können, weil die Effekte nicht, oder noch nicht, eingetroffen sind. Die Unsicherheit bleibt natürlich bestehen, und das ist sicher etwas, was wir dem Gemeinderat mitgegeben haben, dass wir auch in Zukunft, da die Unsicherheiten berücksichtigen und entsprechend vorsichtig budgetieren.

3. Wir haben es bereits auch schon gehört, jetzt zum Schluss von den Ausführungen von Peter Marten. Die Herausforderungen die die Gemeinde hat, auf der finanziellen Seite, die bleiben bestehen. Wir haben nach wie vor grössere Investitionen vor uns. Wir haben ein unsicheres Zinsumfeld und die ganzen Investitionen, welche jetzt getätigt werden und die in Zukunft tätigen, diese werden relativ schnell durch Abschreibungen auf die Kosten der laufenden Rechnung durchschlagen. Wir haben gesehen von der Kostenseite, eben hat es jetzt keinen Effekt gehabt, dass die Kosten zurückgekommen sind und dass zu dem guten Ergebnis geführt hat. Wir haben vor allem von guten Einnahmen profitiert. Und dass sind auch Effekte, den wir in Zukunft natürlich aus Sicht der Finanzkommission besonders bedenken müssen. Auch die Kostenseite muss weiterhin im Auge behalten werden, damit man den positiven Trend, der angefangen hat, weiter fortführen kann.

Damit komme ich zum Fazit: Die Rechnung ist sauber geführt. Die Rechnung schliesst mit einem guten Resultat ab, die Situation bleibt aber angespannt und die Finanzkommission fordert den Gemeinderat und den Einwohnerrat auf, in der anstehenden Budgetierungsphase entsprechen zurückhaltend zu budgetieren. Damit beantrage ich im Namen der Kommission Genehmigung der Jahresrechnung 2021 und Entlastung des Gemeinderats.

Daniel Meier: Peter Marten und Nico Lalli haben es gesagt, ich möchte nicht nochmal alles repetieren. Wichtig aus der Fraktion, was wir diskutiert haben, ist eigentlich, dass die Budgetierung in einer sehr schwierigen Zeit gemacht werden musste. Mitten in der Coronaphase, klar war man vorsichtig, auf der Ausgabenseite sowie auf der Einnahmenseite. Das hat sich schlussendlich auch ausbezahlt, wie wir auch jetzt am Ergebnis sehen. Ich glaube, wenn man das Ergebnis mit den umliegenden Gemeinden vergleicht, sieht man, dass auch diese ähnlich gut wirtschaften konnten oder eben auch was wahrscheinlicher ist, vorsichtig budgetiert haben. Was ich noch erwähnen wollte sind die Einkommensvermögenssteuern, die jetzt auf CHF 25 Mio. sind. Aus meiner Sicht, ein schöner Schritt, welchen wir gemacht haben. Schauen wir, dass wir dort festhalten können. Wir haben wirklich profitieren können von den Steuereinnahmen von diesem höheren Steuersatz. Das ist sicher positiv. Die Nettoschuld ist auch gesagt worden, konnte man reduzieren. Was steht an? Natürlich die grossen Kosten, wir haben es vorher gehört, die neuen Bauten, die vor der Tür stehen. Das Hallen- und Gartenbad, welches in Kürze kommt, das wird sicher zusätzliche Kosten in der Investitionsrechnungen ins Feld bringen. In diesem Sinne, möchten wir uns von der Fraktion, recht herzlich bedanken für den guten Abschluss, trotz des schwierigen Jahres. Einen Dank geht auch an die Finanzabteilung, welche dies recht gut gesteuert hat. In diesem Sinn, werden wir der Rechnung zustimmen.

Nico Lalli: Ich mache es kurz, gerne sage ich, dass die FDP-Fraktion dieser Rechnung mehrheitlich zustimmt.

Hanne Rigter: Die SP-Fraktion nimmt diese Rechnung auch so an. Wir haben vor allem die grössten Abweichungen zum Budget und zum Vorjährigen diskutiert und auch über das gute Ergebnis. Wir möchten vor allem danken für die gute und transparente Aufarbeitung von all den Punkten. Es war sehr klar gewesen und übersichtlich. Auch schon erwähnt, und trotzdem sage ich es nochmals. Wir haben auch über die Nettoschuld pro Einwohner gesprochen und es ist ein gutes Zeichen, dass diese auf CHF 1'770 pro Einwohner reduziert werden konnten. Im Aufgaben- und Finanzplan vom letzten Jahr wurde noch eine Nettoschuld von CHF 2'250 pro Einwohner ausgewiesen. Wir schauen das auch als gute Ausgangslage an für die noch folgenden Projekte.

Sandra Hehli: Die SVP-Fraktion hat die Rechnung 2021 zur Kenntnis genommen. Erfreulicherweise wurde uns wieder einmal ein positives Ergebnis präsentiert. Die Steuererhöhung, sowie höhere Nach- und Strafsteuern und Sondersteuern führen unter anderem zu diesem Ergebnis. Die Corona Auswirkung hat sich zum Glück noch nicht so markant auf die Rechnung 2021 ausgewirkt, wie angenommen. Auf weitere Zahlen möchten wir gar nicht eingehen, da diese schon alle im FIKO Bericht, sowie in der Medienmitteilung erläutert wurden. Nichtsdestotrotz bleibt die Lage sehr angespannt. Mit den hohen Investitionen in den nächsten Jahren, ist der finanzielle Spielraum weiterhin eingeschränkt. Wir müssen weiterhin die Kosten im Auge behalten. Abwegen zwischen, was ist dringend notwendig und was ist nice to have. Wir sind gespannt, wie sich die Corona Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2022 auswirken wird. Wir bedanken uns bei der FIKO für den ausführlichen Bericht, sowie die Überprüfung der Jahresrechnung. Auch ein grosses Merci an Bernhard Wehrli und sein Team, für die wertvolle Arbeit. Die SVP-Fraktion wird die Rechnung einstimmig genehmigen.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion ist über dieses gute Resultat der Rechnung sehr erfreut. Danke an Peter Marten und Nico Lalli für die Ausführungen, mündlich und auch im FIKO Bericht. Diese sind sehr präzise und man bekommt einen guten Einblick beim Lesen und beim Zuhören. Wir haben auch die Gründe für das positive Ergebnis von über CHF 2 Mio. über Budget sehr gut dargelegt. Es ist erfreulich, dass die Steuerfusserhöhung sich durchschlagen konnte. Diese 5 % wirklich Mehreinnahmen an Steuern generiert haben. Das ist bei vorhergehenden Steuerfusserhöhungen nicht immer gewesen. Auffallend über Budget ist die Vermögensgewinnsteuer bei einem Plus von CHF 370'000. Beeinflusst wurde das Rechnungsergebnis auch durch die Corona-Pandemie. Es sind auf der einen Seite Mehrausgaben von Schutzmassnahmen angefallen. Auf der anderen Seite, konnten Minderausgaben verzeichnet werden, durch Ausfall diverser Anlässe. Ich möchte gar nicht mehr alles wiederholen, was bereits gesagt wurde. Nur kurz zur Nettoverschuldung, diese sinkt um CHF 1.6 Mio. Das ist ein kleiner

Picks nach unten, in Anbetracht der kommenden grossen Investitionen des Hallen- und Gartenbads und des Schulhauses. Wir werden die Rechnung genehmigen.

Tomas Nezel: Die GLP-Fraktion hat die Rechnung 2021 zur Kenntnis genommen und sind angenehm überrascht vom positiven Ergebnis. Die Zunahme bei der Einkommenssteuer der natürlichen Personen, von 19 auf 20 Mio., entspricht ziemlich genau der Steuerfusserhöhung von 5%. Aber es kann auch ein anderer Grund sein, Hauptsache es ist in die richtige Richtung gegangen. Auf der Ausgabenseite wurden fast alle budgetierten Posten sehr gut eingehalten. Wir möchten uns bedanken für die übersichtliche Darstellung der Erfolgsrechnung mit den Angaben zu Abweichungen und den vielen Erläuterungen, welche sehr hilfreich sind, um die Zahlen nachvollziehen zu können. Unsere Fraktion wird der Rechnung zustimmen.

Christoph Villiger: Die Rechnung wird nach Sparten durchgegangen.

Erich Schmid: Beim Schwimmbad ist ein sehr geringer Verlust ausgewiesen, trotz den Randbedingungen mit Corona und der Decke. Wie ist der tiefe Verlust zu Stande gekommen? Ich hätte hier eine viel höhere Zahl erwartet mit diesen Rahmenbedingungen.

Peter Stucki, Vizeammann: Ich kann leider nur die negativen Sachen aufzählen. Eine Erklärung kann sicher sein, dass wir von der Schule regelmässig Einnahmen in Form von Eintrittsen haben. Dies ist ein grösserer Posten. Für die Schule war das Bad ab Januar geöffnet, für die Öffentlichkeit erst ab Mai 2021. Wir konnten Heizungs- und Energiekosten sparen. Im Sommer hatten wir es katastrophal, mit dem schlechten Juni und Juli. Im Monat Mai war praktisch niemand gekommen. Wir wussten bis zu den Sommerferien, wenn die grosse Masse nicht gekommen ist, dann kommt sie auch nicht mehr. Im Nachhinein kommt nur noch eine kleine Menge. In der Aussensaison haben wir schlecht abgeschnitten, aber es sind vor allem die Schulen, die Festeinnahmen garantieren. Es konnten aber auch Kosten gesenkt werden, weil das Bad nicht jeden Tag geöffnet war.

Erich Schmid: Es fällt auf, dass zum Teil noch uralte Kredite nicht abgerechnet sind. Ich würde einfach forcieren, dass man die Kredite, die abgeschlossen sind, letztendlich auch abrechnet. Bei der Rechnung 2021 sieht x-mal eine null, weil einfach nichts dazukommt. Es ist einfach nur noch unter pro forma, ich sage, abschliessen und weg von dieser Liste. Ich würde es wirklich empfehlen das anzugehen.

Peter Marten, Gemeinderat: Ich habe es mit Bernhard Wehrli an der letzten Sitzung thematisiert. Es ist auch ein Bestreben, das wir haben, damit wir dort vorwärts kommen. Wir müssen jetzt einfach schauen, was die personelle Situation bei der Abteilung Bau und Planung zulässt. Wir brauchen die Fachpersonen, die uns die Zahlen liefern können. Es ist aber geplant, alle offenen Kreditabrechnungen durchzugehen und zu schauen, welche relativ schnell und einfach gemacht werden können.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Gemeinderat und Finanzkommission beantragen beim Einwohnerrat die Jahresrechnung für das Jahr 2021 unter Entlastung des Rechnungsstellers zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

3 2022/22 Rechenschaftsbericht 2021

Eintreten nicht bestritten

Christoph Villiger: Wir werden zu den Fraktionsmeinungen schreiten. Respektive vorneweg, möchte der Gemeinderat noch etwas dazu sagen?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Nur ganz kurz, ich möchte im Namen vom Gemeinderat mich bei allen bedanken, die an diesem Rechenschaftsbericht mitgewirkt haben. Es ist nicht nur die Verwaltung, welche sehr viele Berichte und Zahlen geliefert haben, es sind auch diverse Kommissionen, welche ihre Berichte geliefert haben. Es sind sehr viele interessante Berichte dabei. Es sind auch weitere Institutionen, die einen grossen Beitrag an unser Gemeinwesen geleistet hat.

Christoph Villiger: Wir kommen nun zu den Fraktionsmeinungen.

Ralph Hunziker: Wir haben den Rechenschaftsbericht zur Kenntnis genommen. Wir bedanken uns bei allen involvierten Stellen, die für diesen Rechenschaftsbericht beigetragen haben. Wir finden diesen immer lesenswert. Wir finden diesen auch stückweit wichtig. Er gibt, wie der Name schon sagt, Rechenschaft ab. Der Rechenschaftsbericht wirkt auch transparent durch das. Ich finde auch, dass er aufzeigt, dass die Gemeinde nicht nur eine Schlafgemeinde ist, sondern dass hier auch gelebt und gewohnt wird. Dass es auch zum Gemeinwohl beigetragen wird, dass sieht man in einem Rechenschaftsbericht auch wenn man nicht alle Seiten durchliest. Wir möchten uns hier auch bedanken.

Sandra Hehli: Im Namen der SVP-Fraktion möchten wir uns auch recht herzlich für den Rechenschaftsbericht bedanken, allen die etwas dazu beigetragen haben. Er ist sehr interessant gewesen, zum Durchlesen. Was uns aufgefallen ist, man hat mal vor 2 / 3 Jahren gesagt, der Rechenschaftsbericht könnte gekürzt werden. Dieser ist jetzt doch mit 80 Seiten, wieder länger als in den Vorjahren.

Daniela Graubner: Wir bedanken uns auch herzlich für den erneut sehr umfassende Bericht. Er gibt ausführliche Einblicke in unser Gemeindeleben. Man sieht, wie viele engagierte Personen unter uns wirken. Ich persönlich finde, dass man durch die sozialen Medien, mit einem Link der Bevölkerung zugänglich zu machen. Die vielen Texte, Informationen und Statistiken, sind für jeden Mann und jede Frau sehr lesenswert.

Isabelle Dittmann: Wir von der GLP-Fraktion bedanken uns bei allen, welche am Rechenschaftsbericht mitgewirkt haben und natürlich bei denen, welche die Arbeit geleistet haben, welche darin beschrieben ist. Die Berichte der Kommissionen und Institutionen sind sehr interessant und vermitteln das Bild einer prosperierenden Gemeinde mit vielen aktiven Einwohnerinnen und Einwohner. Der Rechenschaftsbericht ist in diesem Sinn auch eine gute Werbung für unsere Gemeinde darstellt.

Anna Katharina Hess: Die Fraktion Die Mitte hat auch den Rechenschaftsbericht 2021 gelesen und beraten. Wir nehmen das informative Werk wohlwollend zur Kenntnis und bedanken uns bei allen, die mitgewirkt haben. Es ist eine interessante Berichterstattung mit einer Zusammenfassung, welche dargelegt wird. Man hätte durchaus meinen können, dass die Gemeinde wegen Corona nicht viel geschehen ist, aber der Rechenschaftsbericht gibt einen interessanten Rückblick, was trotzdem alles geleistet und organisiert worden ist. Der Rechenschaftsbericht ist ein wirkendes Papier, das für die gesamte Bevölkerung erstellt wird. Wir empfehlen daher auch dem Gemeinderat und der Verwaltung, dass sie sich Gedanken machen, wie man die Bevölkerung besser auf das Werk aufmerksam machen kann. Zum Beispiel mit einer Pressemitteilung und mit einem Verweis auf die Homepage. Die Fraktion Die Mitte wird dem Rechenschaftsbericht genehmigen und zustimmen.

Lukas Füglistner: Nur ein kurzer Hinweis auf der Seite 19, Hallen- und Gartenbad. Die Anlage ist eine wesentliche Komponente der übergeordneten Gemeindestrategie „Wohnliche Gemeinde“. Erich Schmid müsste sich daran erinnern, im Protokoll der 3. Sitzung, Mittwoch, 6. Juni 2018. Ich verweise auf die gleiche Seite wie Peter. Es steht dort: Die Anlage ist eine wesentliche Komponente der übergeordneten Gemeindestrategie „Wohnliche Gemeinde“. Die gleiche Einleitung 2019, die gleiche Einleitung 2020, die gleiche Einleitung 2021. Ich frage mich, wo die Strategie ist. Ich habe noch gelesen, dass der ehemalige Gemeindeammann, Dieter Martin hat da gesagt, der Ausdruck war falsch. Es wäre schön, wenn das vielleicht im Jahr 2022 korrigiert werden oder die Strategie im Rat präsentiert wird.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag

Der Gemeinderat und Finanzkommission beantragen dem Einwohnerrat den Rechenschaftsbericht 2021 zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

4 2022/23 Beitritt zur Regionalen Asylbetreuung Baden

Eintreten nicht bestritten

Walter Vega, Gemeinderat: Bei dieser Vorlage geht es um die Betreuung von den vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländer mit dem Status F-AS. Das bedeutet, dass der Asylantrag durch das Staatssekretariat für Migration abgewiesen worden ist. Somit handelt es sich da um nicht anerkannte Flüchtlinge. Allerdings ist eine Wegweisung momentan noch nicht möglich. Die betroffenen Personen befinden sich in Unterkünften, welche durch die Gemeinde organisiert werden. Der Kanton legt pro Gemeinde das Aufnahmekontingent fest. Die Gemeinden sind aber auch für die Betreuung dieser Personen zuständig. Einige Gemeinden, wie auch wir, haben dies an den kantonalen Sozialdienst ausgelagert. Der kantonale Sozialdienst hat im Jahr 2021 alle Partnergemeinden informiert, dass ab dem 1. Juli 2022 diese Dienstleistung nicht mehr angeboten wird. Der kantonale Sozialdienst möchte sich stärker auf seine Kernkompetenzen fokussieren. Jede Gemeinde hat daher entscheiden müssen, ob sie die Betreuung in der Zukunft selber erbringt oder eine erneute Auslagerung entweder an ein privates Unternehmen oder im Rahmen einer Verbundlösung erfolgen soll. Im bereits laufenden Projekt Modelstadt, ist unverzüglich damit angefangen worden, mögliche Lösungen aufzuzeigen. Im Verlauf der Gespräche und der Verhandlungen hat sich herauskristallisiert, dass eine Lösung im Rahmen von einem regionalen Asylverband zielführend wäre. Vor allem hätten da die Gemeinden, die grössten Einflussmöglichkeiten. Eine optimale Qualität bei der Betreuung der betroffenen Personen, wäre mit dieser Lösung am besten möglich. Diese Dienstleistung würde durch den regionalen Sozialdienst Baden erbracht. Der Gemeinderat hat ebenfalls alle Optionen untersucht und unterstützt die vorgeschlagene Lösung. Nach einer Kostenrechnung, welche sich auf die Zahlen vom Januar 2022 stützt, geht man von einem Satz von CHF 8.20 pro Person und Tag aus. Für die Gemeinde Obersiggenthal führt das zu einem Anstieg von den Gesamtkosten von rund CHF 6'400 pro Jahr. Allerdings muss an dieser Stelle gesagt werden, dass der Kanton bereits angekündigt hat, der aktuelle Tagessatz von CHF 7.50 anzuheben. Mit anderen Worten, wäre dann die vorgeschlagene Lösung nicht unbedingt teurer. Die anderen 7 Gemeinden haben der Leistungsvereinbarung, bereits zugestimmt.

Mia Jenni: Die SP-Fraktion hat sich mit dem Antrag zum Beitritt zur Regionalen Asylbetreuung Aargau auseinandergesetzt und hat beschlossen dem Geschäft zuzustimmen. Die Schritte zum Beitritt sehen wir als notwendig, weil eben der Kanton Aargau beschlossen hat, dass er die Arbeit mit der Betreuung der Asylsuchenden nicht mehr weiter zu übernehmen. Wir begrüssen, dass im Geschäft verschiedene Lösungsvarianten geprüft worden sind und sich dann schlussendlich für einen entschieden hat, der Zukunftsweisend ist. Es ergibt Sinn, dass man uns als Teil der Region Baden versteht und damit auch als Teil vom Projekt Modellstadt. Ebenfalls begrüssen wir, dass nicht nur die Billigste, sondern auch eine sinnvolle Variante gewählt worden ist. Mit dem Beitritt zur regionalen Asylbetreuung Baden eine Option ausgesucht wurde, welche man als Gemeinde einen Einblick, Mitspracherecht und auch ein Gestaltungsrecht hat. All das macht eine Lebenswerte Gemeinde aus, die sich auch als Teil der Region Baden versteht.

Als SP-Fraktion liegt es uns am Herzen und wir werden dieses Projekt auch weiterhin kritisch mitverfolgen. Ein letzter kleiner Wehmutstropfen, möchte ich aber noch anmerken, für mich ist es ziemlich unverständlich, dass bei den Unterlagen steht, dass der Kanton berechtigterweise das Angebot gestrichen hat. Ich sehe nicht unbedingt ein, warum das berechtigt sein sollte. Ich weiss, dass ist ein grosses Wort, aber es ist für mich wichtig zu erwähnen. Es geht auch da um Menschen, welche im Kanton wohnen und die Betreuung verdient haben.

Peter Huber: Die SVP-Fraktion hat den Bericht und den Antrag angeschaut. Wir stehen positiv hinter der Regionalen Asylbetreuung Baden. Wir finden es auch stark, dass man in der Region etwas hingebraucht hat, in diesen Gemeinden, welche hier aufgelistet sind. Positiv ist auch, dass die Gemeinden vor uns schon zugestimmt haben. Es hat wahrscheinlich mit den Strukturen der Gemeinden zu tun. Die Alternativen sind geprüft und ersichtlich gewesen. Die Ausführungen von Walter Vega sind auch schon sehr gut gewesen, auch in der Fraktion. Wichtig ist uns einfach, dass die Kosten überwacht werden, und dass man diese im Griff behalten kann. Die SVP-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion begrüsst die Bereitschaft zu einer Regionalen Zusammenarbeit mit der Betreuung von Flüchtlingen im offenen Asylstatus. Wir sind erfreut zu hören, dass der Gemeinderat unverzüglich nach der Bekanntgabe der Kündigung durch den Kanton Aargau, den Kontakt zu den anderen Gemeinden gesucht hat. Wir unterstützen den vorliegenden Antrag und freuen uns, sofern auch die anderen Parteien zustimmen, als letzte Gemeinde im Bund, der Organisation beizutreten und die Betreuung der Asylsuchenden auf breiter Regionaler Ebene zu gewährleisten.

Tomas Nezel: Ich fasse mich kurz, wir halten den Beitritt für sehr sinnvoll.

Andreas Baumgartner: Wir haben dies ebenfalls angeschaut in der Fraktion, für uns auch absolut sinnvoll. Es ist klar, dass eine neue Lösung kommen muss. Wir unterstützen den vom Gemeinderat präsentierten Vorschlag ebenfalls aus folgenden Gründen: Wir finden es auch sehr sinnvoll, dass es Regional angegangen worden ist. Wir sind in Obersiggenthal nicht alleine, es sind auch andere Gemeinden mit dabei. Die verschiedenen Gemeinden haben über die Steuergruppe die Möglichkeit auch Einfluss zu nehmen in diesem Gremium. Es gibt eine klare Aufgabenteilung zwischen Baden und diesen Gemeinden, welche mit dabei sind. Es würde im allerschlimmsten Fall, die Möglichkeit bestehen, wieder auszutreten, nach der 1-jährigen Kündigungsfrist, was natürlich niemand hofft, dass es mal nötig werden sollte. Die Kosten haben wir auch angeschaut, diese sind absolut vernünftig. Wir finden auch, es ist nicht immer die billigste Lösung die beste Lösung. Wir schätzen es, wie es hier angegangen worden ist. Wir stimmen diesem Antrag einstimmig zu.

Andreas Leupin: Die FDP-Fraktion hat die Darlegungen vom Gemeinderat zum Beitritt ebenfalls diskutiert, sowie auch die Alternativlösung. Wir sind der Meinung, dass das Argumentarium der Wahl der Regionalen Asylbetreuung, insbesondere hinsichtlich Qualität von der Betreuung der Asylanten und der zu erwartenden Kosten nachvollziehbar ist, das der Antrag eine sinnvolle Lösung darstellt. Aus diesem Grund, stimmt auch die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates zu. Sie bittet aber den Gemeinderat, die Kosten welche entstehen, im

Auge zu behalten und falls diese Kosten deutlich über die CHF 8.50, welche angegeben worden sind, fallen, wieder den Einwohnerrat zu informieren. Dann müsste allenfalls eine Alternativmöglichkeit ins Auge gefasst werden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Es sei per 1. Juli 2022 der regionalen Asylbetreuung Baden beizutreten.**
- 2. Der entsprechende Leistungsvertrag sei zu genehmigen.**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

5 2022/24 Rücknahme Flüchtlingsbetreuung von der Caritas

Eintreten ist bestritten

Mia Jenni: Wir von der SP-Fraktion stellen einen Antrag zur Rückweisung.

Christoph Villiger: Ich lese den Rückweisungsantrag kurz vor. Die SP-Fraktion beantragt das Geschäft: Rücknahme Flüchtlingsbetreuung von der Caritas / Stellenpensenerhöhung bei der Abteilung Soziales um 30 % per 1. Januar 2023 zurückzuweisen. Ich nehme an, ihr möchtet gerne noch etwas zu dem Rückweisungsantrag erläutern.

Mia Jenni: Wir stellen als SP-Fraktion den Antrag, das Geschäft: Rücknahme Flüchtlingsbetreuung von der Caritas, zurückzuweisen. Das hat mehrere Gründe, welche sich unter einem Begriff zusammenfassen lassen. Vor uns haben wir eine Vorlage, welche für einen Drittel von dem Geld, welches das leisten sollte, welches wir uns für mehr als CHF 1'000 leisten. Das wirft bei uns in der Fraktion relativ viele Fragezeichen auf. Noch grössere Fragezeichen wirft auch auf, dass nicht erwähnt wird, dass der Kanton pro Flüchtenden einen Pauschalbeitrag für die Betreuung bezahlt, das ist nicht eingeflossen in den Unterlagen. Die Höhe des Betrages, wie dieser zusammenspielt mit den vorhandenen Beiträgen in der Vorlage, ist relativ unklar. Es werden relativ wichtige Fragen offengelassen, welche wirklich wichtig wären, ob die Gemeinde Gewinn macht mit dem Geld von dem Betreuungsangebot, welches für die Geflüchteten eigentlich gesprochen wurden. Es ist auch nicht ersichtlich, wieviel Geld die Gemeinde tatsächlich für die Zusammenarbeit investiert mit der Caritas, weil eben die kantonalen Unterstützungsbeiträge nicht aufgezeigt werden. Das ist aus unserer Sicht eben keine Grundlage für uns als Einwohnerrat, eine Entscheidung treffen zu können. Als zweiter Punkt sagen wir als SP-Fraktion das dieser Entscheid ein Griff in die Blackbox ist. Aus den Unterlagen wird nicht ersichtlich, welche Leistungen Caritas erbringt und welche Leistungen der Sozialdienst in Zukunft erbringen will. Ganz abgesehen von dem, dass es uns nicht ganz klar ist, ob geprüft worden ist, beim aktuellen Fachkräftemangel und bei der Abteilung Soziales, welches immer noch zwei Springer beschäftigt, überhaupt die ausgebildeten Fachkräfte vorhanden sind um das Angebot zu decken. Es ist für uns nicht wirklich möglich gewesen, einen Vergleich zu ziehen und damit im Sinn von der Verträglichkeit der Flüchtenden zu entscheiden. Damit wollen wir nicht kategorisch sagen, dass unser Sozialdienst ein schlechteres Angebot hätte aber wir als Einwohnerrat können es schlicht und einfach nicht beurteilen. Als letzten Punkt möchte ich noch erwähnen, dass wir normalerweise, wenn wir ein Angebot wechseln, dann holen wir mehrere Offerten von verschiedenen Anbietern, um einen Vergleich zu haben. Auch das ist

in diesem Fall nicht passiert. Aus all diesen Gründen, bieten wir euch, das Geschäft zurückzuweisen und den Auftrag an den Gemeinderat allenfalls zurückzugeben und allenfalls mit einer vollständigeren Dokumentation wieder zu kommen. Anders als im Geschäft vorher, dass möchte ich nochmals betonen, herrscht hier keine Dringlichkeit. Der Kanton hat hier das Angebot nicht zurückgezogen.

Christoph Villiger: Ganz kurz noch eine Erläuterung aus dem Reglement vom Einwohnerrat. Gemäss dem Paragraph 21, würde man über die Ordnungsanträge diskutieren. Und auch gleich abstimmen und je nach dem Ergebnis von dieser Abstimmung, würde das Geschäft zurückgewiesen oder nicht. Wenn denn nicht, dann würde der Gemeinderat über den Antrag diskutieren. Ich weiss nicht, möchte hier der Gemeinderat Stellung nehmen zu diesem Rückweisungsantrag?

Walter Vega, Gemeinderat: Nein, ich würde es durchlaufen lassen.

Carol Demarmels: Ich möchte nur kurz etwas sagen, Mia Jenni war vorher zurückhaltend gewesen, mit einem. Wir sind der Meinung, Obersiggenthal bekommt CHF 100'000 um den Auftrag zu erfüllen, vom Kanton. Ich betone, wir sind der Meinung, bis heute hat uns noch niemand konkret Auskunft gegeben, ob der Budgetposten genau dieser ist. Als eine von wenigen Gemeinden, werden 90 % der Gelder bei der Caritas investiert und nur 10 % wird zurückgehalten. Die meisten anderen Gemeinden geben den Betrag vollumfänglich weiter. Wir haben es vorhin nicht genannt, weil wir den Betrag nicht definitiv bestätigt bekommen haben, dass es CHF 100'000 sind. Die Gemeinde möchte es jetzt für CHF 30'000 leisten, nach dem man in der letzten Diskussion in der Debatte, versichert bekommen haben, dass allfällige Zusatzeinnahmen, welche durch den Beitritt zum Asylverbund auch in die Integration einfließen. Wir haben das Gefühl, dass wir jetzt sogar noch Gewinn generieren möchte.

Walter Vega, Gemeinderat: Das ist jetzt dicke Post, was jetzt gesagt wurde. Es geht sicher nicht darum, dass man hier Gewinn machen möchte, überhaupt nicht. Das ist sicher nicht das. Was wir letztes Mal besprochen haben, war im Zusammenhang mit dem Asylverbund Neuenhof. Das war ein anderes Thema. Dann zum Thema Skills, dass die Personen die Skills nicht haben, das kann ich ganz sicher nicht sagen. Wir betreuen diese ja bereits schon heute. Weil nach 5-7 Jahren werden diese nicht mehr durch die Caritas betreut, sondern werden durch unseren Sozialdienst heute schon betreut. Also unsere Personen haben die Skills schon, es sind ja dieselben Personen. Also haben wir die Skills, sonst könnten wir diese ja auch nicht betreuen.

Carol Demarmels: Ich habe nichts gesagt über die Skills.

Walter Vega, Gemeinderat: Doch du hast es gesagt. Der Leistungsumfang ist klar, ja, ich habe gehört, dass die Leistungsvereinbarung nicht rechtzeitig gekommen ist. Das ist schade. Es ist natürlich die Leistung, welche wir natürlich nachher auch erbringen, wenn es dann bei uns ist. Das ist logisch. Das andere ist, das Konto 4611.00, das ist die sogenannte Verwaltungspauschale. Ja, diese bekommen wir vom Kanton, um die Verwaltung zu führen. Auf der anderen Seite, haben wir eine Gegenüberstellung, gehört das der Caritas, welches uns belastet wird, die CHF 93'000. Das es dann andere Konten sind, das ist klar, nachher läuft es nicht mehr über das Konto, welches heute für die Caritas ist, sondern das ist nachher wieder das Personalkonto, das sind wieder andere Konten. Dann wurde noch gesagt, dass man keine Gegenofferten eingeholt hat. Ich glaube ich habe es ziemlich unmissverständlich reingeschrieben, dass es nicht viel bringen wird, dass man jemand anderes holt. Es ist auch nicht speziell nur gegen die Caritas, was wir hier bringen, es ist jetzt einfach ein Thema, dass es eine relativ grosse Schnittstelle gibt, es gibt Ehrenrunden, man muss es immer wieder überprüfen, korrigieren, das ist der Aufwand, welcher entsteht. Mit grosser Wahrscheinlichkeit würde es mit einem anderen Anbieter auch so passieren. Wir haben das relativ lange diskutiert, das ist nicht unter der aktuellen Leitung passiert, das haben wir bereits vor ein paar Jahren angeschaut, ist zusammen gegessen mit der Caritas, hat Massnahmen angeschaut, es ist nicht besser geworden. Das ist der Grund, weshalb wir diesen Antrag bringen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Die SP-Fraktion beantragt das Geschäft Rücknahme Flüchtlingsbetreuung von der Caritas / Stellenpensenerhöhung bei der Abteilung Soziales um 30 % per 1. Januar 2023 zurückzuweisen.

Der Rückweisungsantrag wird mit 9 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 4 Enthaltung abgelehnt.

Christoph Villiger: Wir gehen jetzt zu dem ordentlichen gemeinderätlichen Antrag. Möchte der Gemeinderat nochmals etwas dazu sagen?

Walter Vega, Gemeinderat: In dieser Vorlage geht es um die Betreuung von Personen, mit einer positiven Beantwortung, im Gegensatz zu der vorherigen Vorlage. Der Status ist in der Regel F oder B. 5 respektive 7 Jahre lang nach dem gestellten Asylantrag, werden die Flüchtlinge durch die Caritas betreut. Anschliessend ist dann die Abteilung Soziales, dafür zuständig. Wir reden im Schnitt von 17 bis 20 Dossiers, welche wir am Laufen haben. Die Caritas ist verantwortlich für die Budgetberechnung, die Beratung und die Unterstützung bei der sozialen und beruflichen Integration. Zusätzlich muss Caritas auch sicherstellen, dass das sogenannte Subsidiaritätsprinzip eingehalten wird. Dazu gehört, beispielsweise: Anmeldungen von Kinderzulagen. Die Caritas schickt dann die Unterlagen an die Abteilung Soziales, diese überprüfen dann ob alles stimmt. Bei Fehlern, wird die Berechnung an die Caritas zurückgegeben, damit die überarbeiteten Budgets wieder eingereicht werden können. Das ist jetzt halt leider wieder passiert, und zwar wieder über einen längeren Zeitraum. Das verursacht dann natürlich einen Zusatzaufwand innerhalb der Abteilung Soziales. Die Qualität, die dann halt unbefriedigend ist, vor allem in den letzten Jahren, auch in den diversen Gesprächen mit der Caritas adressiert worden ist. Das hat leider bis heute keine wesentliche Verbesserung gebracht. Man ist wirklich zusammen an einen Tisch gesessen, hat die Massnahmen angeschaut, was kann man machen, was ist nicht gut. Aber es ist nicht besser geworden. Das ist das was ich auch vorhin gesagt habe, ich möchte es nochmals betonen. Das würde wahrscheinlich auch mit einer Zusammenarbeit mit einer anderen Organisation passieren. Wir haben relativ viele Schnittstellen, so viele Schnittstellen senken eben in der Regel die Effizienz. Wir gehen auch davon aus, dass durch eine interne Betreuung, die Integration von den Personen, effizienter vorangetrieben wird. Damit die Betreuung innerhalb von der Abteilung Soziales durchgeführt werden kann, braucht es eben die Pensenerhöhung von 30 %. Die erforderlichen Skills, die decken sich ja mit den bestehenden Sozialarbeiterinnen. Diese betreuen ja eben, was ich vorher schon gesagt habe, die gleichen Personen, wie nach den 5 bis 7 Jahren. Es ist ja nicht so, dass es dann komplett andere Personen sind. Die 30 % entsprechen etwa CHF 36'000 pro Jahr inkl. Sozialversicherungsabgaben. Wir haben auch geschaut, dass sicher ein Arbeitsplatz und die Infrastrukturen vorhanden sind. Das können wir organisieren, das ist nicht das Problem. Auf der anderen Seite haben wir eben rund die CHF 93'000, die wir der Caritas zahlen. Der Vertrag mit der Caritas könnten wir am 30. Juni 2022 per Ende Jahr kündigen.

Kim Grab: Die SVP-Fraktion war überrascht zu hören, dass man mit der Zusammenarbeit mit der Caritas nicht zufrieden ist. Da wir davon noch nie etwas von Seite des Gemeinderates gehört haben. Diesbezüglich finden wir es als sinnvoll die Zusammenarbeit mit der Caritas zu beenden. Damit können die Abläufe vereinfacht, effizienter werden und zufrieden stellend. Die Flüchtlingsbetreuung selbst zu übernehmen, bringt gewisse Risiken. Jedoch überwiegt die Aussicht, massiv Kosten zu sparen. Da noch Dossier Reserven eingeplant sind, hoffen wir, dass

in den nächsten Jahren keine weitere Stellenprozente nötig sind, dass die 30 % reichen. Deshalb werden wir, dem Antrag mehrheitlich zustimmen.

Daniela Graubner: Wir haben die Thematik der Betreuung von den Flüchtlingen mit anerkanntem Status besprochen. Die EVP-Fraktion schliesst sich den Überlegungen des Gemeinderates an. Die Fallführung, aufgrund von Doppelspurigkeit und die nicht immer ganz zufriedenstellenden Zusammenarbeit mit der Caritas, ab nächstem Jahr wieder zu übernehmen. Wir hoffen, dass der Aufwand für die zusätzlichen Aufgaben durch den Sozialdienst angemessen berechnet und somit zu bewältigen sind. Die EVP-Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Alois Baumgartner: Die Mitte-Fraktion hat das Traktandum diskutiert. Die Rücknahme vom Mandat Flüchtlingsbetreuung zur Abteilung Soziales erachten wir als sinnvoll. Die somit verbesserte Betreuung von unseren Flüchtlingen, wie auch den kleineren administrativen Aufwand, sind treibende Gründe. Die Mitte-Fraktion stimmt den beiden Anträgen vom Gemeinderat einstimmig zu.

Christian Blum: Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates, die Flüchtlingsbetreuung von der Caritas zurückzuholen und einer Pensenerhöhung von 30%, zukünftig wieder in der Abteilung Soziales durchzuführen. Die Abteilung Soziales ist heute mit einem komplexen Prozess konfrontiert, die vereinfachten Abläufe und die Professionalisierung die sich im Jahr 2001 die Auslagerung versprochen hat und vielleicht auf zwischendurch erreicht hat, sind heute nicht mehr zu sehen. Eine Kehrtwende zurück zur internen Betreuung der Flüchtlinge ist daher richtig und steht auch zu einer neueren Vergabe zu einem späteren Zeitpunkt von veränderten Vorzeichen nicht im Weg. Die Chancen stehen gut, dass nicht nur die Kosten verringert werden, sondern Abläufe beschleunigt werden und die Qualität der Betreuung insgesamt verbessert. Ich habe mir noch überlegt, dass es zur Zufriedenheit in der Abteilung Soziales führt, wenn sie die Sache selber übernehmen und nicht extra dafür eine externe Stelle haben. Die FDP-Fraktion schlägt vor, dass der Gemeinderat, Mitte 2023, über die ersten Erfahrungen berichtet.

Mia Jenni: Aus bereits genannten Gründen können wir als SP-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. Zusätzlich möchte ich da einige Punkte hinzufügen. Es ist schon ein relativer grosser Schritt nach 20 Jahren den Vertrag aufzulösen und es sollte wirklich gut überlegt sein. Es ist relativ unbefriedigend zu lesen, dass eine solche Vertragsauflösung beantragt wird, nach dem das letzte Gespräch im 2021 stattgefunden hat. Das ist einfach das, was wir aus den Unterlagen geholt haben. Solch eine Zusammenarbeit benötigt einen konstanten Austausch und vor allem wenn man solch einen grossen Schritt wagt, wie Vertragsauflösung, sollte dies nach einem Gespräch passieren. Das ist eigentlich nicht der Grad an Professionalität, welchen wir von einem Sozialdienst erwarten oder vielleicht auch von den Unterlagen. I don't know. Zu dem möchte ich noch anmerken, dass das Angebot von der Caritas viel umschliesst. Das bedeutet auch: Arztbesuche oder einen Freiwilligenkreis vermitteln, welche mit ihnen schwimmen lernt oder ihnen Deutschunterricht gibt. Ein Netzwerk, das sich Caritas seit Jahren aufgebaut hat und schnell Termine vermittelt. Ein Netzwerk, welches der Sozialdienst vielleicht nicht in diesem Ausmass liefern kann. Es ist ein Netzwerk aus Freiwilligen, einfach dass man das erwähnt haben. Ein Angebot, welches Caritas nicht umschliesst, ist die Beschwerdeführung. Ich habe das relativ unklar gefunden in den Unterlagen. Aus all diesen Gründen werden wir das Geschäft ablehnen und trotz all diesen Voten bitten wir Euch, uns zu folgen. Und nochmals zum Schluss, wir bekommen Geld vom Kanton für die Betreuung. Und nach der Diskussion vom letzten Mal bezüglich Regionalbund und Mehreinnahmen möchte der Gemeinderat kein Gewinn machen auf dem Buckel der geflüchtenden Menschen und das finde ich gut. Aber dann müssen wir es auch hier nicht machen. Ich stelle gerne die Frage nochmals mit 30% Stellenprozent und Fachkräftemangel und 1/3 von dem Geld. Wo werden die Leistungen gestrichen? Wie werden die Personen gefunden, die das leisten? Zum Beispiel hat uns die Leitung der Sozialarbeit bestätigt, dass die Wohnungssuche nicht geleistet werden kann und das ist etwas, was die Caritas macht. Und dann noch kurz als Nachfrage, vielleicht habe ich es nicht verstanden. Wo fließen dann die restlichen CHF 60'000 hin?

Daniel Jenni: Ich bin generell für den Antrag. Für das was hier gemacht wird, ist es nicht eine schlechte Idee. Ich bin aber doch sehr enttäuscht, dass man die Einnahmeseite verschwiegen hat. Also das muss ich sagen, darum auch die Unterstützung für die Rückweisung. Ich hätte also erwartet, dass das drin ist. Hätte jetzt auch zu meiner Überlegung geführt, dass die 30% wahrscheinlich nicht reichen werden. Aber wir haben noch weitere CHF 60'000, die man weiter hinterherschoben können. Also haben wir vielleicht sogar noch Reserve, aber generell finde ich, ist der Antrag so, zum Unterstützen. Bin enttäuscht, wie dieser gestellt worden ist.

Esther Reimann: Was mich wundernimmmt, was ich eigentlich für einen Vorteil halte, wenn die Flüchtlinge von A-Z, also sehr früh, von der gleichen Person begleitet werden. Also so wie ich diesen Antrag verstanden habe, hätten eben diese hier die Bezugspersonen und nicht erst nach 7 Jahren, sondern von Anfang an, sie würden sie den ganzen Prozess dann begleiten. Was ich eigentlich positiv finde. Dann hoffe ich auch, dass das was die Caritas jetzt macht, auch das Netzwerk und so weiter, dass das von unserer Gemeinde her nicht negativ ist für die betroffenen Personen. Ich weiss es nicht Walter. Ist es dann so?

Walter Vega, Gemeinderat: Ja, es ist so. Die Neuen, die kommen, werden dann von der Abteilung Soziales von Anfang an betreut, vom ersten Tag an. Es ist wirklich Kontinuität, welche dann hier entsteht, dass ist korrekt.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Es ist tatsächlich so, wie die Betreuung in erster Linie laufen muss. Ich habe das erlebt bei einem jungen Mann, der in einer Familie als Flüchtling aufgenommen worden ist und von der Caritas betreut worden ist. Das hat wirklich angefangen von der Krankenkasse, über den Deutschkurs, Problem an der Lehrstelle, Probleme mit der Familie, wo man gewohnt hat, Wohnungssuche. Das kann bis und mit der Hausordnung erklären sein oder alles Mögliche, welcher noch nie hier war. Das ist alles möglich. Nach 5 bis 7 Jahren wird das nicht mehr benötigt. Also wenn man von der Betreuung spricht, dann spricht man nicht von verwalten und Professionalisierung und was weiss ich. Sondern dann ist das wirklich möglichst helfen in der Integration in der Gemeinde. Und zwar der ganzen Familie, auch den Kindern. Entschuldigung bitte, aber ich zweifle daran, dass unsere Angestellten im Sozialdienst, dass ausführlich machen können, wie es nötig wäre. Alles was man zuerst macht, muss man nachher nicht mehr erledigen.

Doruntina Hoxha: Ich möchte hier betonen, dass wir nicht gewährleisten können, dass die 7 Jahre von der gleichen Person betreut werden. Das wissen wir jetzt noch gar nicht, ob diese so lange bleiben oder nicht. Es hat ja einen klaren Wechsel gehabt. Von dem her sollten wir schauen, dass wir da eine Stabilität haben, bevor wir einen solchen Schritt angehen. Jetzt rein von der Sozialen Arbeit her, die Flüchtlinge sind eine Randgruppe. Alle Randgruppen benötigen eine Fachstelle. Das sage ich als Sozialarbeiterin, wir haben Kompetenzen. Aber für das benötigt es genaue, vertiefte Kompetenzen. Noch zusätzlich etwas, ich war ja selber Flüchtling gewesen. Die Arbeit mit der Caritas haben wir sehr geschätzt und ich denke das sollte man sich schon gut überlegen. Die Beziehungen, die dort entstehen, sind sehr stark, welche auch sehr wertvoll sind.

Markus Renggli: Ich habe eine Verständigungsfrage. Wenn wir den Vertrag kündigen, können wir das Netzwerk und die Angebote, von den Sozialarbeitern nutzen, die Caritas hat. Können wir die Leistungen in Anspruch nehmen und müssen halt dafür zahlen? Jetzt z.B. wegen der Wohnungssuche, wenn die Sozialarbeiter dies nicht können und die Caritas machte es. Dann müssen wir das ja irgendwo holen. Wie ist es angedacht, wie es nachher weiterläuft?

Walter Vega, Gemeinderat: Also grundsätzlich, wenn der Vertrag gekündigt ist, ist er gekündigt und man kann keine Leistungen mehr beziehen von der Caritas. Das ist so, ja. Dann macht es die Abteilung Soziales nachher selber. Da gibt es dann kein Schlupfloch, wo wir nachher fragen können. Der Vertrag ist weg. Und die Dienstleistung wird intern erbracht.

Markus Renggli: Man kann das nicht punktuell einkaufen?

Walter Vega, Gemeinderat: Gut das weiss ich nicht, ob man sagt, man möchte nur ein Modul haben.

Volkmar Hauelsen: Was mich nach dieser Diskussion ein wenig stört, ist die Intransparenz bei den Einnahmen. Das die nicht im Antrag stehen, kann ich verstehen, denn der Antrag bezieht sich auf die Änderung der Ausgabenseite. Aber es wurden konkrete Fragen gestellt zur Einnahmeseite und da gibt es keine Antworten. Das stört mich hier. Meine Bitte wäre, kann man nicht bei klaren Fragen, diese auch beantworten. Warum werden diese nicht beantwortet? Wenn man die Antwort nicht weiss, kann man das sagen. Und wenn man die Antwort weiss, sollte man dies mitteilen.

Walter Vega, Gemeinderat: Das ist das Konto, welches ich vorher erwähnt habe, es ist eine Pauschale, die wir vom Kanton erhalten, eine Verwaltungspauschale. Vom Betrag her sind es rund CHF 100'000, die erhalten wir jedes Jahr. Was ich mir jetzt nicht sicher bin, ob das nur für Flüchtlinge sind oder auch für die Asylsuchenden. Das weiss ich jetzt nicht auswendig. Denn dann wäre es noch einmal was anderes.

Ralph Hunziker: Ich möchte Euch noch meine Meinung zu dieser Diskussion möglichst kurz mitteilen. Ich bin eigentlich positiv dem Antrag gegenübergestanden. Da ist auch jemand neues in der Leitung Soziales, die zu diesem Schluss gekommen ist. Was ich eigentlich auch gut finde, es gibt eine Richtung. Ich bin dann von meinen Fraktionskolleginnen und Kollegen umgestimmt worden, es ist eine gewisse Intransparenz bei der Einnahmenseite. Es ist aber auch das Erbringen von einer Dienstleistung, welche jetzt Caritas erbringt, es kann jetzt auch jemand anderes sein, zu einem Betrag. Jetzt haben wir die genau gleichen Leistungen für viel günstigere Konditionen. Ist das möglich ohne Leistungsabbau? Ich habe bei mir den Schluss gezogen, entweder, man darf ja dieser Meinung sein, man gibt den Flüchtlingen weniger Leistung oder möchte man die Leistung nicht erbringen? Oder nur das Minimum, das gesetzliche Minimum erfüllen, das ist dann halt der Betrag von CHF 35'000, die die Gemeinde ausgerechnet hat. Aus meiner Sicht, ist das nicht ein enormer Betrag. Das ist mir jetzt wichtig, dass das möglichst vollständig oder im guten Rahmen ist. Da wir das Geld zur Verfügung gestellt haben und nicht einfach möglichst kostenreduzierend das ganze praktiziert. Deswegen konnten sie mich trotzdem überzeugen und ich werde dem Antrag persönlich nicht zustimmen.

Carol Demarmels: Ich erlaube mir ganz kurz ein paar Beispiele zu nennen, was Caritas leistet und einfach zur Transparenz. Ich bin im Vorstand von der Caritas Aargau. Dann möchte ich gerne eine Frage an Walter Vega stellen. Ein paar Sachen, die die Caritas leistet. Bei dieser Betreuung, die uns nicht gesagt werden konnte, ob das weiterhin gemacht wird, welche aber auch öffentlich einsehbar ist. Wenn z.B. eine Wohnung gefunden worden ist, dann schaut man das Abfallreglement an von der Gemeinde mit der Person, damit man eben keine Abfallberge am falschen Ort hat. Oder man schaut mit ihnen den Waschplan an oder eben man telefoniert hin und her mit seinen Einwohnerratskollegen "Hey findet jemanden, der denen ein Schwimmunterricht geben kann" etc. Ich behaupte nicht, dass unser Sozialdienst das nicht machen will oder kann. Ich stelle es jetzt einfach so mal in den Raum. Für mich ist eine andere Frage, was wesentlich ist und zwar ist das der Fachkräftemangel. Also wir haben auch wahnsinnig viel gehört, Mia Jenni hat es vorhin gesagt. Bei unserem Sozialdienst sind weiterhin zwei SpringerInnen beschäftigt. Ich glaube, da sind noch nicht alle Stellen besetzt. Wir haben mit wahnsinnig viel Leuten gesprochen. Wir haben auch das nicht genau herausgefunden. Was ich aber weiss, ist, gerade bei diesem Beitritt, den wir in Baden machen. Baden sucht händeringend nach Personen, welche die Betreuung übernehmen. Baden ist ein attraktiver Arbeitsort. Dasselbe ist auch bei der Caritas. Caritas musste zehn 100% Stellen in der Betreuung aufstocken, aufgrund der Ukraine Krise. Wir haben vorhin schon immensen Fachkräftemangel gehabt. Da stelle ich mir wirklich die Frage, finden wir denn überhaupt eine Person, welche das denn auch leisten kann oder wird es am Schluss sogar an dem scheitern, dass einfach schlichtweg niemand angestellt werden kann? Walter Vega, vielleicht kannst du uns etwas sagen, wie die personelle Situation aktuell ist.

Walter Vega, Gemeinderat: Es ist richtig, dass wir eine Zeit lang die beiden externen Mitarbeiter gehabt haben. Der Grund ist, dass wir einen Krankheitsfall von einer Mitarbeiterin gehabt haben. Sie ist relativ lang krank gewesen. Das mussten wir dann überbrücken durch den Einsatz von diesen beiden Externen. Die Person, die krank war, hat dann selber gekündigt. Das war überraschend. Wir haben dann die Stelle neu ausgeschrieben. Diese Stelle können wir auch schon neu besetzen. Am 1. Juli 2022 fängt eine neue Sozialarbeiterin an auf der Abteilung Soziales. Man ist durchaus in der Lage, Leute zu finden. Es ist nicht so, dass man niemanden findet. Man hat nicht einfach so jemanden gewählt, sondern man hat es sauber angeschaut. Die anderen Beispiele, die du gebracht hast, das machen sie heute schon. Es gibt auch die immaterielle Sozialhilfe. Da werden die Leute beraten und man teilt ihnen mit, wo er den Kehrtrichtersack abstellen muss, die Grünabfuhr etc. Das erklären sie heute schon. Das ist nicht Neuland für sie. Also das können sie abdecken.

May Beyli: Es sollte auch gar kein Misstrauensvotum gegenüber dem Sozialdienst sein. Wenn das so herüberkommt, ist es gar nicht so gemeint. Ich glaube, wenn man das nochmals herunterbricht und sich noch einmal überlegt, was sind 30%? Das sind 12.5 Stunden in der Woche. Wie soll dort, der riesige Aufwand, auf eine Person aufgeteilt werden, welcher sich doch bei der Caritas die Aufgabe in einer Gruppe aufgeteilt wird. Vielleicht lohnt es sich noch einmal in der Realität zu überlegen. Ein Argument ist noch gewesen, von der Zufriedenheit der Mitarbeiter, wenn die Abteilung Soziales dies selber machen kann. Ich frage mich, ob diese zusätzlichen Aufgaben nicht zum Gegenteil oder zu einer Überlastung führen und zu einem Frust in der Abteilung.

Christoph Villiger: Gibt es noch ein letztes Votum?

Thomas Nezel: Wenn die Exekutive kommt und sagt, wir haben hier ein Prozess, welcher nicht optimal läuft, welcher man effizienter machen kann und verbessern. Eigentlich ist das etwas Positives. Ich werde die Exekutive unterstützen. Sie könnten auch nichts tun und sagen es ist halt so wie es ist. Und wenn sie die Eigeninitiative ergreifen und etwas verbessern möchten, dann ist das prinzipiell etwas Gutes. Ich habe bis jetzt immer gemeint, es geht um administrative Sachen. Jetzt höre ich aber auch noch personelles betreuen und so. Ich könnte mir vorstellen, dass man sagt, ja gut, unsere Exekutive hat eine Vision, sie möchte diesen Weg gehen. Sagen wir ja und in 1-2 Jahren ziehen wir Bilanz. Schauen wir, hat es sich gelohnt oder gehen wir wieder zurück zur Caritas. Wäre vielleicht auch eine Option.

Carol Demarmels: Wir haben ja ein Rückweisungsantrag gestellt, weil wir nicht wollten, dass es darum geht intern oder Caritas. Das ist nicht die zentrale Frage. Sondern uns haben die Informationen nicht gereicht. Wie möchten wir es mit einem Drittel vom Geld machen? Um das geht es. Es ist wie kein Konzept ersichtlich, wie möchte man das jetzt machen. Oder vielleicht gibt es einen Drittanbieter, der das leisten könnte, der gut wäre. Das ist der Grund, weshalb wir einen Rückweisungsantrag gestellt haben, nicht weil wir in erster Linie ablehnen wollten. Ich glaube das geht in die Richtung, was vorhin gesagt wurde.

Andreas Leupin: Für mich ist die ganz zentrale Frage, wie viel Zeit geht durch den Reibungsverlust verloren? Wenn im Prinzip, die 2/3 durch die Reibungsverluste verloren gehen und eigentlich nicht den Flüchtlingen zugutekommen, dann müssen wir dort eine Lösung finden. Ich denke, je mehr Schnittstellen es gibt, umso mehr Doppelspurigkeiten gibt es, wo zwei Personen die gleiche Arbeit machen und beide müssen bezahlt werden. Ich denke, das muss man diskutieren. Wenn das so ist, dann muss man die Prozesse vereinfachen und dadurch werden Kosten gespart. Wenn das nicht der Fall ist, dann muss man verhindern, dass die Leistungen abgebaut werden.

Christian Blum: Ich denke das muss heute entschieden werden. Wenn wir es zurückgewiesen hätten oder verlagert hätten, dann würde auch die Zeit fehlen das vorzubereiten, das wurde heute entschieden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Es sei per 1. Januar 2023 eine Stellenpensenerhöhung von 30% bei der Abteilung Soziales für die Reintegration der Flüchtlingsbetreuung zu bewilligen**
- 2. Die Zusammenarbeit mit der Caritas für die Flüchtlingsbetreuung sei per 31. Dezember 2022 zu kündigen**

Der Antrag wird mit 20 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 6 Enthaltung angenommen.

6 2022/25 Verpflichtungskredit von CHF 455'000 für den Ersatz alter Wasserleitung an der Paradies- und Brühlstrasse

Eintreten nicht bestritten.

Peter Stucki, Vizeammann: Wir kommen zum Highlight von der heutigen Sitzung. Im Rahmen der Unterhaltsplanung für die Tiefbau-Infrastrukturen ist geplant gewesen, in diesem Jahr die Werkleitungen und die Strasse von der Brühlstrasse und die Werkleitungen in der Privatstrasse Paradiesstrasse zu sanieren und gleichzeitig die Bushaltestelle Kirchdorf Dorf behindertengerecht umzubauen. Der entsprechende Kreditantrag hätte im März dem Einwohnerrat unterbreitet werden sollen. Ende Dezember letztes Jahr haben wir vom Verwaltungsgericht vom Kanton Aargau, ein Urteil bekommen, mit dem unsere Baubewilligung für den Neubau von einem Mehrfamilienhaus an der Ecke Brühl- und Landstrasse annulliert worden ist. Die Begründung hat gelautet, dass das Bauprojekt zu wenig Rücksicht auf das eidgenössisch geschützte Dorfbild von Kirchdorf nehme. Auf das hin haben wir unser Tiefbau-Projekt stoppen müssen, weil wir jetzt zuerst mit dem Denkmalschutz klären müssen, wie der Strassenraum in der Dorfzone Kirchdorf gestaltet werden darf. Weil die EGS, aufgrund von Kapazitätsengpässen, in Kirchdorf ihre Sanierungs- und Erweiterungsarbeiten dringend durchführen muss und auch wir mit unseren brüchigen, immer noch aus Gusseisen bestehende Wasserleitungen einen dringenden Sanierungsbedarf haben, möchten wir in diesem Jahr wenigstens die Wasserleitungen in den Brühl- und Paradiesstrasse sanieren können. Wenn der Einwohnerrat heute dem Kreditantrag zustimmt, können die Arbeiten noch in diesem Jahr ausgeführt und abgeschlossen werden. Der Gemeinderat bittet Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Daniela Graubner: Grundsätzlich ist es für uns als Laie nicht möglich zu beurteilen, ob die Leitungen saniert, ersetzt, verstärkt oder erneuert werden müssen. Da der Ersatz von diesen Leitungen schon vorgesehen war, gehen wir davon aus, dass das auch nötig ist und werden diesem Antrag zustimmen. Generell wünscht sich die EVP-Fraktion, dass die Sanierungen möglichst vorausschauend und ressourcenschonen geplant werden, um damit plötzlich eintretende Nottfälle zu verhindern und das Schadensmass zu verhindern.

Christian Buser: Die Fraktion die Mitte, ist der Handlungsbedarf von Seite der EGS nachvollziehbar. Ebenso sind die 80-jährigen Gusseisenleitungen, die platzen könnten, auch nichts Neues und der Erneuerungsbedarf ist nachvollziehbar. Dass man das zusammen macht, macht durchaus Sinn. Das Vorgehen mit der Vorgeschichte, als man zurückgepfiffen wurde, quasi, wie es jetzt aufgegleist worden ist, schauen wir auch als zweckmässig und pragmatisch an. Synergien und Kostenvorteil können so wirklich genützt werden und wir stellen uns davor, dass der Strom wird gemacht, weil es die EGS machen muss. Und nach 1-2 Jahren kommt dann die Wasserversorgung und macht denselben Graben wieder auf und legt Leitungen rein. Kann man sich dann vorstellen, was es heisst Kosteneffizienz und wie hier bewirtschaftet wird. Dann ist noch die Frage aufgekommen, kann man das nicht kombinieren? Hirschenplatz -

Hochwasserthematik? Klar gibt es da Synergien, würde es Sinn machen. Aber man muss auch einfach sehen, das Projekt mit dem Hochwasserschutz, das ist eine langfristige Sache. Das passt zeitlich nicht zusammen und der Handlungsbedarf haben wir jetzt. Von dem her wird die Mehrheit von der Fraktion dem Antrag vom Gemeinderat folgen und dem Verpflichtungskredit Wasserversorgung Brühl- und Paradiesstrasse zustimmen. Jetzt würde ich noch gerne eine Ergänzung zum Votum von der Daniela Graubner und zwar die Werkleitungskoordination die gibt es sehr ausführlich und die geht auch in die Aufgaben und Finanzplan rein. Das Thema ist dann einfach auch, wenn man nach dieser gehen würde, nach der Lebensdauer und von der Alterung, dann müssten wir wesentlich mehr Laufmeter sanieren pro Jahr, als das wir machen. Eigentlich schieben wir es von uns her und rennen diesem hinter her aber es wird koordiniert und unsere Werke sind immer darauf zu schauen, wo kommt was, wo kann man Synergien nutzen.

Lukas Füglistler: Ich weiss zwar nicht genau wegen dem Highlight. Es ist ein relativ einfaches Traktandum. Es muss gemacht werden. Vorneweg, die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich dafür. Wir begrüssen, dass wir vorausschauend und vorausdenkend handeln. Es kann nicht sein, dass wir die Gusseisenleitungen immer saniert bzw. Wasserrohrbrüche flickt, bis es dann irgendeinmal in das Unermessliche geht. Aber es ist wenig wie beim Hochbau. Im Hochbau, ist meine persönliche Meinung, geht man in einen Reformstau hinein. Beim Tiefbau macht man das Nötigste. Aber hier ist es angebracht, dass man diese Sanierung macht auch mit den anderen Werken zusammen, dementsprechend sind wir, wie schon gesagt, dafür.

Daniel Meier: Peter Stucki, wir haben ein wenig hin und her gemailt bezüglich der ganzen Situation mit dem Hochwasserschutz. Das ist eigentlich ein Thema, das schon mehrmals diskutiert worden ist, man hat gesagt, der Kanton muss etwas machen. Klar es wird nach hinten verschoben. 100 Jahre sind auch noch passiert, seit dem letzten grossen Hochwasser. Trotzdem, die Frage ist irgendwo ein wenig, was geht da? Wir werden jetzt da ein Teil der Strasse aufmachen, die Wasserleitung verlegen. Klar das braucht es und es macht auch Sinn, dass wir das zusammen mit der EGS machen. Aber trotzdem wissen wir auch, dass wir den Hochwasserschutz früher oder später angehen müssen. In welcher Form wird uns das tangieren und in welchem Zeitrahmen? Kannst du da noch darüber informieren, wie das ablaufen wird? Und gleichzeitig reden wir dann auch vom Dorfplatz, den man auch sanieren sollte. Wo es auch heisst, das passiert in den nächste 3-5 Jahren. Ist das dann noch weiter hinten oder wie sieht es dort im grossen Rahmen aus?

Peter Stucki, Vizeammann: Also für den Hochwasserschutz haben wir vom Kanton ein abgeordnetes Konzept über alle Bäche. Dieses sieht vor, dass der Kirchdorfbach von oben herunterkommt, von der Kretzgasse in den Hirschenplatz und von dort über die Zelglistrasse in die Landstrasse nach unten geführt wird und nicht durch die Brühlstrasse. Und in der Landstrasse dann nach Westen abbiegt nach Untersiggenthal und dann von dort irgendeinmal in das Meer fliesst. Es ist nicht so gesehen von diesem Projekt her, dass das über die Brühlstrasse geht. Nachher haben wir in der Hochwasserschutzmassnahme ab dem Jahr 2030. Die ist im Aufgaben- und Finanzplan vorgesehen. Es ist nicht das dringendste Projekt. Schon mit der Begründung deswegen, weil es eigentlich auch keine Deadline gibt. Wir haben keinen Termin vom Kanton vorgegeben, wie es ungefähr umgesetzt sein muss. Aufgrund der finanziellen Lage, haben wir es nach hinten verschoben. Das einzige, welches für einen Verpflichtungskredit da ist, ist beim Fussballplatz für den Tobelbach. Dort haben wir den Kredit vom Einwohnerrat gesprochen von CHF 1.2 Mio., wovon sich aber der Kanton in etwa CHF 500'000 beteiligt. Es gibt da grosse Subvisionsbeiträge. Aber kantonsweit ist es eigentlich auch so, dass der Hochwasserschutz nach hinten verschoben wird. Das zweite ist, die Gestaltung Hirschenplatz fällt jetzt eben in die Analyse, die wir machen auch mit dem kantonalen Denkmalschutz, wie das Zentrum Kirchdorf aussehen soll, damit es dem ISOS (Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz) entspricht. Das haben wir beabsichtigt in den nächsten 1-2 Jahren durchzuführen, damit wir wissen, wie wir den Strassenraum gestalten können. Wegen den Leitungen habt Ihr einen Rechenschaftsbericht jetzt aktuell vor Euch. Ich glaube auf der Seite 59 publizieren wir alle Arten wie viel Kilometer Wasserleitung wir haben. Wie viel davon saniert ist. Saniert heisst ersetzt, wir flicken nicht. Und da seht Ihr in etwa wie viel Rückstand wir haben. Das wird jedes

Jahr im Rechenschaftsbericht publiziert.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

**Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen.
Der Verpflichtungskredit von CHF 455'000 (inkl. MwSt., Preisstand März 2022) für den Ersatz alter Wasserleitung an der Brühl- und Paradiesstrasse in Kirchdorf wird bewilligt.**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

7 2021/22 Postulat SP betreffend Medizinische Grundversorgung

Eintreten wird nicht bestritten.

Walter Vega, Gemeinderat: In diesem Postulat spricht die SP-Fraktion das Thema Hausärztemangel an. Der Gemeinderat ist sich dieser Situation absolut bewusst. Es ist in der Tat so, dass immer mehr Hausärztinnen und Hausärzte das Pensionsalter erreichen. Jüngere Hausärztinnen und Hausärzte rutschen aber nicht nach, weil der Aufbau vom Betrieb oder einer Einzelpraxis mit viel Zeit und mit einem betriebswirtschaftlichen Risiko verbunden ist. Die Neugenerationen möchten geregelte Arbeitszeiten und ziehen es auch vor Teilzeit arbeiten zu können. Eine Gemeinschaftspraxis wäre da sicher ideal. Für den Gemeinderat besteht in dem Sinn kein gesetzlicher Auftrag eine Praxis aufzubauen. Aber wir sind selbstverständlich daran interessiert, eine medizinische Grundversorgung, so gut es geht, zu fördern und zu unterstützen. Dass der Gemeinderat da auch gerne unterstützt, zeigt ja das Projekt von der Stiftung Gässliacker. Es ist versucht worden, eine Gemeinschaftspraxis aufzubauen. Die Stiftung hat sehr viel Ressourcen und Energie eingesetzt. Die Gemeinde hat das Land zur Verfügung gestellt. Leider musste das Projekt abgebrochen werden. Der Grund ist, wir haben keine Ärzte gefunden, die da mitmachen wollten. Vermutlich wird das auch in Zukunft eine Herausforderung sein. Der Gemeinderat ist aber auch laufend aktiv. Er prüft auch bei allen grösseren Bauvorhaben und Arealplanungen, ob dort solch eine Gemeinschaftspraxis aufgebaut werden könnte. Es laufen Gespräche mit Ärztinnen und Ärzten und auch mit Unternehmen, welche für den Aufbau solcher Praxen spezialisiert sind. Aber auch mit Baden Regio ist man im Kontakt. Auf jeden Fall benötigen solche Projekte viel Zeit. Das wird übrigens auch im Leitfaden vom Kanton so betont. Was wir auch festgestellt haben, sind die laufenden Bauvorhaben. Es ist so, dass jeweilige Bauherrschaffen teilweise noch keine konkreten Vorstellungen über den zukünftigen Einsatz der Räumlichkeiten haben. Was auch ist, wir hören das ab und zu, dass Ärztinnen und Ärzte eher in Richtung Zentrum Baden orientiert sind. Obersiggenthal scheint da nicht so attraktiv zu sein oder nicht genug attraktiv. Der Gemeinderat wird auf jeden Fall in Zukunft bei der Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung so gut es geht unterstützen. Wir sind eigentlich einverstanden mit all dem, was im Postulat drinsteht. Wir sind dem absolut einig. Wir werden helfen, so gut wir können. Nicht dass Ihr das falsch versteht, wir lehnen uns nicht zurück und machen nichts, es ist nicht ganz so einfach, wie man sich das vorstellt.

Markus Renggli: Es ist kein spezifisches Obersiggenthaler Problem. Es ist eigentlich ein Aargauer Problem. Die Stossrichtung von diesem Postulat geht eigentlich an den falschen Adressaten, welcher grundsätzlich macht, was möglich ist. Es ist ein regulierter Markt. Es hat einen Leistungseinkäufer, das sind die Krankenkassen. Es hat Leistungserbringer, das sind die privaten Praxen und die öffentlichen Institutionen. So lange wir immer noch als Krankenkassenprämienzahler zwar zahlen aber die Krankenkassen eigentlich ihren Job nicht machen und die

Grundlage auch ermöglichen, dass die privaten Ärzte selbstverantwortlich und wirtschaftlich arbeiten können im Kanton Aargau. So lange die Krankenkassen das alles blockieren, das neue Tarifrevisionen stattfinden können, wird sich da nichts ändern. Das heisst wir gehen auf den Notfall, das kostet noch viel mehr. Ich weiss nicht wie die Krankenkassen das rechnen. Aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich sagen, im Moment habe ich zunehmend immer mehr, zwar als Kinderarzt, 16-20-jährige, weil sie gar nicht mehr unterkommen. Und das ist kein Obersiggenthaler Problem. Das ist ein grossräumiges Problem. Ich weiss nicht, wie sich die Krankenkassen das vorstellen. Sie machen es sich sehr leicht, in dem sie dort nur Hindernisse in den Weg stellen aber nicht Hand bieten und unterstützen. Wenn die Politik etwas machen möchte, vielleicht auch beim Grossrat, dann in diese Richtung stossen. Auch der Regierungsrat wollte den Taxtpunktwert anpassen, dass die Hausärzte nun besser arbeiten können. Es wurde von den Krankenkassen blockiert. Es hängt seit Jahren irgendwo beim Verwaltungsgericht im Thurgau. Wir haben den gleichen Taxtpunktwert wie vor etwa 12 Jahren. Unsere Kosten steigen auch. Aber wir anerkennen die Leistungen vom Gemeinderat.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Im Namen der SP-Fraktion bedanke ich mich beim Gemeinderat für die Entgegennahme unseres Postulats und auch für den Bericht, den wir bekommen haben. Die Bedeutung des Problems hätte es durchaus auch gerechtfertigt, dass man das Postulat noch aufrechterhalten hat und noch nicht von der Kontrolle abzuschreiben. Wenn wir jetzt daran erinnern und das werden wir auch in Zukunft immer wieder machen. Sobald sich eine Möglichkeit ergibt, müssen wir, auch wenn es nur eine kleine ist, alles machen. Wir vertrauen auch darauf, dass das Problembewusstsein inzwischen auch bei den Mitgliedern der anderen Fraktionen, ebenso wie beim Gemeinderat, dermassen gross ist, dass es nicht vergessen geht und auf dem Tapet bleibt. Insbesondere der Hinweis des Gemeinderates, dass bei möglichen Bauvorhaben und bei der Arealüberbauungen eine Prüfung erfolgt, haben wir sehr bedenkenswert gefunden. Wir müssen uns tatsächlich überlegen, insbesondere bei Arealüberbauungen, dass das ein Anliegen ist, wenn wir es bekommen. Es kann aber auch sein, bezahlbare Familienwohnungen, oder bezahlbare Alterswohnungen, welche wir als Bedingungen aufnehmen könnten. Wenn der Gemeinderat, wie erwähnt, in der Zukunft, die Möglichkeit eines durch den Kanton unterstützten Pilotprojekts in der Gemeinde sieht, hätten wir nichts dagegen. Wir hätten sogar auch nichts dagegen, wenn sich die Gemeinde beteiligen würde. In diesem Sinne danken wir für den Bericht und stimmen den beiden Anträgen zu.

Daniela Graubner: Die Thematik um den Hausärztemangel ist nicht neu. Wir alle wünschen uns eine gute Versorgung, möglichst nah und von einem Arzt von unserem Vertrauen. Wir wissen aber auch schon um die gemachten, leider erfolglosen Bemühungen bei der Suche nach Ärzten für Obersiggenthal. Natürlich sollte der Gemeinderat dranbleiben. Aber erzwingen kann man eine Gemeinschaftspraxis nicht. Somit stimmt die EVP-Fraktion dem Antrag zu, das Postulat von der Kontrolle abzuschreiben.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen.

- 1. Der Einwohnerrat nimmt die Erläuterung des Gemeinderates zum "Postulat der Fraktion SP vom 27. Mai 2021 zu medizinischen Grundversorgung durch Hausärzte/Hausärztinnen in der Gemeinde Obersiggenthal" zur Kenntnis.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben.**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8 2022/26 Umfrage

Christoph Villiger: Es ist eine Anfrage von Nico Lalli eingetroffen. Möchtest du noch etwas dazu sagen?

Nico Lalli: Ich sage gerne noch etwas dazu, wenn die Antwort vorliegt.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Auf dem Tisch finden Sie die Anfrage von Nico Lalli. Ich werde die Frage nicht vorlesen. Ich möchte Euch zeigen, um welches Flugblatt es sich handelt. Ich denke viele haben es schon im Altpapier entsorgt. Aus dem konkreten Flugblatt geht hervor, dass es sich um eine Mitteilung des Komitees "Nein zum Aargauer Steuer-Bschiss". Auf der angegebenen Internetseite findet man nähere Angaben. Peter Stucki ist nicht Mitglied des Contra-Komitees. Wie Sie wissen, sieht das Layout der offiziellen Mitteilungen und Korrespondenz der Gemeinde anders aus. Offizielle Schreiben von der Gemeinde werden unterzeichnet einerseits vom Gemeindegeschreiber oder von der Gemeindegeschreiberin und vom Gemeindeammann oder vom Vizeammann. Ein Foto wird in solchen Mitteilungen nicht abgedruckt. Allein die Nennung des politischen Mandats von Peter Stucki macht dieses Flugblatt noch nicht zu einer offiziellen Mitteilung der Gemeinde. Es ist die Mitteilung einer persönlichen Meinung. Das Flugblatt, welches in Obersiggenthal verteilt wurde, ist nicht ein Einzelfall. Es wurde in diversen anderen Gemeinden im Kanton Aargau ebenfalls verteilt, wenn auch mit anderen Personen. Das ist jetzt konkret das Flugblatt von der Stadt Baden, unterzeichnet von Regula Dell'Anno und Ruth Mürli, Vizeammann Baden und Stadträtin von Baden. Aber selbstverständlich sind nicht nur die Gegner und Gegnerinnen aktiv gewesen, auch die Befürworterinnen und Befürworter der Steuervorlage waren nicht untätig. Wir haben hier ein Inserat, darauf sind verschiedene Stadträte, Gemeindeammänner, Gemeinderäte zu sehen. Besonders erwähnen möchte ich Markus Schneider, er ist Stadtammann von Baden und er ist Mitglied des Pro-Komitees. Wir haben noch weitere Beispiele. Das sind noch separate Inserate von Befürwortern. Auch da haben wir es mit Gemeindeammännern zu tun. Es haben sich also zahlreiche Mitglieder von Gemeinderäten oder Stadträten beim Pro und Contra engagiert. Eben besonders als Beispiel zu erwähnen ist der Stadtrat Baden. Da hat es sowohl Exponenten im Pro, wie solche im Contra-Komitee. Wir alle sind Politikerinnen und Politiker. Die Essenz der Politik ist die Diskussion Pro und Contra in Bezug auf verschiedene Geschäfte. Es ist das Wesen der Politik und der Demokratie, Argumente und seine Meinung äussern zu dürfen, um sich an der Meinungsbildung zu beteiligen. Die Meinungsäusserungsfreiheit ist ein Grundrecht. Auf der anderen Seite ist in der Bundesverfassung auch die Abstimmungsfreiheit gewährleistet. Vor Sachabstimmungen müssen sich die Auseinandersetzungen frei und unbeeinflusst abspielen können und die Stimmberechtigten müssen sich frei eine Meinung bilden können. Der Staat und die Gemeinden als Behörden müssen sich deshalb neutral verhalten und dürfen sich nicht in die politischen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften einmischen, die Meinungsäusserung öffentlich durchführt. Eine Parolenfassung eines Gemeinderates und eine offizielle Stellungnahme auf Briefpapier mit Wappen und Logo von einer Gemeinde sind in der Regel nicht zulässig. Nur ausnahmsweise, wenn eine Gemeinde besonders stark von einer kantonalen Vorlage berührt ist, darf sie in den Abstimmungskampf eingreifen. Aber es ist zulässig, dass sich Mitglieder von kommunalen Behörden als Privatpersonen im eigenen Namen zu einer Abstimmungsvorlage äussern. Es ist auch möglich, dass sich alle Mitglieder eines Gemeinderats in corpore als Privatpersonen zu einer Abstimmungsvorlage einheitlich übereinstimmend positionieren. Im Zusammenhang mit der gestellten Anfrage muss man sich auch vor Augen halten, wie die Zusammensetzung eines Gemeinderats zustande kommt. In einem Gemeinderat findet man sich nicht zusammen, weil man dieselben politischen Ansichten teilt. Im Gegenteil, das Kollegium wird von den Wählerinnen und Wählern mit verschiedenen politischen Einstellungen bestimmt. Damit liegt es im Wesen des Systems, dass auch Vertreterinnen und Vertreter verschiedener politischer Ausrichtungen in einen Gemeinderat gewählt werden, um in konkreten Sachgeschäften gemeinsam die besten Lösungen für die Gemeinde zu finden. Im Gemeinderat Obersiggenthal sitzen bekanntlich ausschliesslich Angehörige von verschiedenen politischen Parteien. Diese Parteien beschliessen auch Parolen. Wir wissen, dass diese Parole nicht immer einheitlich über alle Parteien ausfallen. Aber jetzt zu diesen Fragen. Nein, der Gemeinderat Obersiggenthal hat zur

Vorlage über das kantonale Steuergesetz keine Parole gefasst. Es war den Gemeinderäten unbenommen, sich privat für oder gegen die Steuervorlage zu engagieren. Dass dies auch andernorts so gehandhabt wurde, zeigen die verschiedenen Beispiele. Insofern braucht es auch keine formelle Regelung zur Frage von Beitritten zu einem Komitee. Ich denke es ist klar, dass man niemanden verbieten kann, seiner Meinung entsprechend sich bei einem Komitee zu engagieren als Privatperson. Zum Flyerinhalt äussert sich der Gemeinderat als Behörde nicht. Die Stellungnahme von Peter Marten zu den Fragen von der SP-Fraktion haben Sie gehört. Der Flyerinhalt ist das Argumentarium im Rahmen von einem Abstimmungskampf. Die FDP-Fraktion hat Gründe für eine andere Stimmempfehlung gesehen und auch eine entsprechende Medienmitteilung verfasst. Für eine Stellungnahme oder eine Beurteilung des Flyerinhalts sind andere Instanzen zuständig. Über interne Vorgänge innerhalb des Gemeinderates geben wir keine Auskunft. Dies ist dem Kollegialitätsprinzip geschuldet. Wie gesagt erachten wir die private Meinungsäusserung eines Gemeinderats im Rahmen von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen grundsätzlich als zulässig. Dabei kann es durchaus vorkommen, dass Mitglieder des Gemeinderates in verschiedenen Abstimmungskomitees Einsitz nehmen oder verschiedene Meinungen vertreten, wie das Beispiel aus Baden zeigt. Das liegt in der Natur der Zusammensetzung eines Gemeinde- oder Stadtrates. Wenn es sich um eine kommunale Vorlage handelt oder um ein Gemeinderatsgeschäft, ist aber selbstverständlich das Kollegialitätsprinzip zu beachten. Hier wird erwartet und ist vorausgesetzt, dass der Gemeinderat mit einer Stimme auftritt und sich auch privat nicht anders äussert. Übrigens wurde zur Verifizierung dieser Auskunft noch eine Anfrage bei der Gemeindeabteilung im Departement für Volkswirtschaft und Inneres gestartet. Die Rückmeldung des Amtsleiters Martin Süss per E-Mail vom 16. Mai 2022 stützt diese Auffassung des Gemeinderates.

Nico Lalli: Vielen Dank für die schnelle Beantwortung meiner Fragen. Danke auch für die Darlegung von der Haltung vom Gemeinderat. Ich war mit 80% von den Aussagen einig. Mein grösstes Problem und da bin ich auch nach der Antwort immer noch der Meinung, dass es wahrscheinlich auch aus Sicht des Gemeinderates nicht sinnvoll ist, dass die Vorlagen, welche die Gemeinde speziell entwirft, im Namen von ihrem Amt öffentlich auftreten und ohne dass der Gemeinderat als Gremium das beschlossen hat, dass das gut ist. Bin gespannt und es würde mich wundernehmen, ob beispielsweise in Baden nicht der Gemeinderat aktiv als Gremium neben denen den Beschluss gefällt hat, dass man die Freigabe beschliesst und die einzelnen Mitglieder des Gemeinderates in diesen Gremien teilnehmen dürfen. Auf der Gemeindeebene ist das noch nicht passiert aber es gibt eine Stufe Kantonsregierung, inzwischen auch verschiedene Bundesgerichtsurteile, welche auch die Behördenkommunikation und der Auftritt von einzelnen Regierungsmitgliedern in verschiedenen Abstimmungskomitees relativ eng ist, wenn eine Vorlage vom Kanton oder eben auch Gemeinde beschlossen wird. Ich stelle mir die Frage, ob es dem Gemeinderat als Gremium am Schluss dient, wenn bei solchen Vorlagen verschiedene im gleichen Gremium konträre Meinungen auf Flugblättern vertreten sind. Hypothetisch könnte es genau auch passieren, dass ein Präsident von einer Finanzkommission und ein Finanzvorsteher von einer Gemeinde auch ein Flugblatt macht und auch auf einem offiziellen Logo von der Gemeinde sich abstützt. Ob dann das am Schluss der transparenten Kommunikation oder transparenten Wahrnehmung der Bevölkerung dient, ist hier die Frage. Aber danke nochmals für die Beantwortung meiner Fragen.

Bettina Lutz-Güttler, Gemeindeammann: Im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Abschaffung der Schulpflege hat es von Seite des Kantons ein Schreiben gegeben, welches sich inhaltlich genau deckt mit den Ausführungen, die ich hier gemacht habe.

Mia Jenni: Wie Ihr vielleicht gemerkt habt, ist für mich und vielleicht auch für andere in diesem Saal, die Beantwortung der Frage von CHF 60'000 für die Rücknahme von der Betreuung von den Flüchtlingen immer noch nicht beantwortet. Und es ist auch nicht klar, wohin diese CHF 100'000 genau hinfließen. Ich weiss es ist eine Frage, die nicht heute hier beantwortet wird. Ich glaube das ist allen klar geworden. Aber auf die nächste Sitzung hätte ich gerne eine ausführliche Antwort, wie die Kosten verteilt werden und wohin sie fließen. Ich glaube diese Transparenz braucht es in diesem Rat.

Ursula Spinnler: Im Rechenschaftsbericht auf der Seite 5 sind die Arealentwicklungen erwähnt. Ich habe dort das Oederlin Areal vermisst. Wie steht es da?

Bettina Lutz-Güttler, Gemeindeammann: Wo stehen wir dort. Das ist eine gute Frage. Wir sind immer noch im Gespräch mit dem Verwaltungsratspräsidenten der Oederlin Immobilien AG. Wenn es zur Entwicklung käme, dann würde ich gerne informieren.

Christoph Villiger: Weitere Umfragevoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich danke Euch recht herzlich für das engagierte Mitarbeiten heute. Es hat mich gefreut, dass wir heute in der Aula waren. Das ist ein Zeichen, dass gewisse Normalität wieder da ist. Wir beenden die Sitzung um 22:30 Uhr.

Der Präsident:

Christoph Villiger

Die Protokollführerin:

Romana Hächler